

# **Badische Landesbibliothek Karlsruhe**

**Digitale Sammlung der Badischen Landesbibliothek Karlsruhe**

## **Der Volksfreund. 1901-1932 1919**

107 (9.5.1919)

# Volkshfreund

## Tageszeitung für das werktätige Volk Mittelbadens.

Bezugspreis: Abgeholt in der Geschäftsstelle, in Ablagen oder am Postkasseler monatl. 1,80 M., vierteljährl. 5,00 M., Spaciert durch unsere Träger monatl. 1,40 M., vierteljährl. 4,20 M.; durch die Post 1,44 M. bezw. 4,32 M., vorauszahlbar. Ausgabe: Verlag mittags; Geschäftszeit: 1/2-1/2 und 2-1/2 Uhr abends. Fernspr.: Geschäftsstelle Nr. 128, Redaktion Nr. 481. Anzeigen: Die 7spalt. Anzeigenzeile od. deren Raum 25 A., zuzügl. 30 % Teuerungszuschl. Bei Wiederholungen Rabatt. Annahmestunde 10 vorm., für größ. Aufträge nachm. zuvor. Druck u. Verlag: Buchdruckerei Gsch & Cie., Karlsruhe.

### Das Versailler Todesurteil.

Karlsruhe, 9. Mai.

Der Teil der Friedensbedingungen, welcher heute offiziell bekannt gegeben wird, sieht anders aus, als der geistige Auszug der Neuermordungen, aber nicht erfreulicher. Es werden an allen Ecken derjenigen Staaten, mit denen wir Krieg geführt haben, schmerzhaft empfindliche oder unerträgliche Einbußen in das Gebiet unseres Volkstörpers vorgenommen. Deutlich behält eine als phantastisch hingegenommene Mitteilung aus vergangener Woche, wonach Deutschland alle Erwerbungen der letzten zwei Jahrzehnte herausgeben muß. Es handelt sich nicht um das vielbesungene Dina, das unter dem Namen „nationale Ehre“ sein gefährliches Dasein in der Geschichte führt. Aber wir wollen leben und die aufgestellten Bedingungen lassen uns den Spiel- und Nahrungsraum zum Leben nicht. Die Annullierung unseres Besitzes nach der Westseite hin bedeutet, daß uns durch den Wegfall des Ertrages aus der Mineralausbeutung die Zahlungsmöglichkeit für den Import genügender Rohstoffe genommen werden, falls hier nicht der Privatbesitz von ausländischen Kapitalisten und damit ein ganz unvolles Auslandserwerb als Hilfe schaffen. Und das wird den Arbeiter am meisten treffen, denn die dauernd ruinierte oder auf ein Minimum eingeschränkte Produktion erhöht vielleicht zur Not den Kapitalisten, aber nicht den Proletariat. Das Wahrscheinlichere ist, daß dabei beide zugrunde gehen.

Im Osten wird durch die Umgestaltung der geographischen Karte ein Zustand geschaffen, wie er in aller europäischen Geschichte nicht da gewesen ist. Deutschland wird hier durch ein fremdsprachiges, andersartiges, feindliches Volk in zwei Teile geteilt. In Westpreußen läuft ein weites Gebiet mit deutsch-slawischer Bevölkerung ein- und verbleibend, der Landstrich, der uns von unseren östlichen Volksgenossen trennen soll. Vorläufig sei wiederum nicht von jenem wandlungsfähigen Faktor, der da heißt, „nationale Ehre“, die Rede. In der Zukunft würde freilich gar viel davon die Rede sein. Denn bliebe es bei den bisherigen Bestimmungen, so würde die Welt erst erfahren, was eine richtige Friedenspolitik, verurteilt durch eine hohle, unverständliche Propaganda, bedeutet. Doch einzuweisen das nackte physische Leben können. Der deutsche Osten und das weiltlich davon getrennte Gebiet sind gegenseitige Export- und Importländer. Künftig wird es in der Macht des polnischen Großkaufmanns, der jetzt als richtiger Proletariat von Gnaden der Entente, erkrankend ist, stehen, ob und wie weit wir den bisherigen Warenverkehr aufrecht erhalten und ob wir wie bisher als Marktführer den Mittel des wirtschaftlichen Verkehrs vom europäischen Osten nach dem Westen machen können. Das zu bestimmen, liegt den polnischen Marktherrn zu, also nachlässigen Feinden, die obenhin den Wirken ihrer Götter, abermals nachlässiger oder listig intrigierender Feinde folgen. Und wären sie uns auch nicht überliefert, so wären sie auch nicht als doppelt, als wirtschaftlich und politisch Abhängige den Parteien der Entente, die Trennung zweier bisher zusammengehöriger Länder durch einen plötzlichen Eingriffung ist es ganz automatisch zu einer Veränderung, Verteuerung und Verdrängung des wirtschaftlichen Produktionsausmaßes kommen. Damit aber die Abhängigkeit vollkommen sei, soll da unten ein neues Reich, die Tschechoslowakei, entstehen. Die politische und wirtschaftliche Ein- und Abgrenzung wird dadurch vollendet. Die alt-Bismarck'sche Methode, unbedeuten Staaten dadurch gefährlicher zu machen, daß man sie mit möglichst vielen politischen und wirtschaftlichen Konfliktzonen umgibt, findet wieder einmal Aufwertung. Wenn die Staatsmänner auch sonst nichts von der Geschichte lernen wollen, die Kräfteverhältnisse sehen sie ein- und von dem andern ab und brauchen sie, sobald die Gelegenheit dafür da ist.

Von den finanziellen Bedingungen brauchen wir bloß eine zu wissen, nämlich diejenige, welche der erste Satz des Vertragspassus enthält: „Der gesamte Besitz und alle Einnahmen Deutschlands sowie der deutschen Gliedstaaten hatten an erster Stelle für die Kosten der Wiederherstellung sowie für andere Lasten etc.“ Das genügt. Diese Forderung macht uns prinzipiell alle zu völlig bestohlenen Hörigen der Entente. Sie kann ihre Hand auf unser nationales Gesamtvermögen legen, oder auch auf unseren Privatbesitz und unser Privateinkommen legen. Nichts kann ihrer Willkür Schranken setzen. Es stünde beispielweise völlig in ihrem Belieben, durch allerorts eingesetzte Kommissionen die Vermögens- und Erbschaftsverhältnisse des einzelnen Wirtschaftsbürgers ins Bild zu nehmen und ihm eigenmächtige Kriegsentwicklungssteuer aufzuerlegen. In der Gegenwart wären wir also Bettler und Schuldenner und das blieben wir in der Zukunft bis zu weiß Gott welcher Generation. Denn diese Sachverhalte im deutschen Reich wäre in der Hand der Siegerstaaten das gesunde Mittel, um unsere Wiederherstellung auf immer zu verhindern. Ganz allertümliche Verhältnisse entstehen. Ein Volk wird bestetzt und seine irdischen Mitglieder werden verflucht. Modern ist nur die Form der Verfluchung. Sie stellt unsere Arbeit in den Dienst der Entente, indem sie uns zwingt, den über dem Grenzpunkt der niedrigsten Lebenshaltung liegenden Ertrags an unsere Gläubiger abzuführen, Marginalisch ge-

brochen: Die Siegerstaaten wollen Kapital aus der Mehrarbeit der besiegten Völker akkumulieren.

Doch genug davon, denn auch diese Suppe wird kaum so heiß gegessen werden, wie sie uns Herr Clemenceau serviert. Zum mindesten ist es verflucht, irgend eine Mitbestimmung zu fluchen ist noch Zeit, wenn ein Definitivum vorliegt, aber das ist noch nicht der Fall. Berzahn Tage hat die Entente unteren Delegierten Zeit zur Entscheidung über Annahme oder Ablehnung eingeräumt. Nun, so lange braucht man nicht, um das Buch der Friedensbedingungen durchzulesen und sich darüber Hilffällig zu machen. In dieser Grillehung von vierzehn Tagen liegt geradezu eine unausgesprochene Forderung der Partner um eine Anknüpfung von Verhandlungen zu bieten. Unsere Delegierten wären ihrer Aufgabe nicht gewachsen, wenn sie solche Verhandlungen nicht auf irgend eine Art durchzuführen wüßten. Einfach die Finte ins Korn werfen, indem sie platt Ja oder Nein sagen, indem sie der Regierung oder der Nationalversammlung oder der Volksabstimmung alles Weitere überlassen, dazu sind sie nicht nach Versailles geschickt worden.

### Die Vertrags-Bedingungen.

Der Vertrag vom 7. Mai. Der Band mit den Friedensbedingungen enthält in französischer und englischer Sprache auf 208 Seiten 440 Artikel, die in 15 Teile zerlegt sind. Die Festlegung der Grenze Deutschlands ist in folgender Weise gegeben:

1. Mit Belgien: Nordöstliche Grenze des ehemaligen Territoriums von Neutral-Moresnet, sodann Ostgrenze des Kreises Eupen, sodann die Grenze zwischen Belgien und dem Kreis Montjoie, sodann Nordostgrenze des Kreises Namedy bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze von Luxemburg.
2. Mit Luxemburg: Die Grenze vom 3. August 1914 bis zu ihrer Verbindung mit der Grenze Frankreichs am 18. Juli 1910.
3. Mit Frankreich: Die Grenze vom 18. Juli 1910 von Luxemburg bis zur Schweiz unter Vorbehalt der Bestimmungen über das Saargebiet.
4. Mit der Schweiz: Die gegenwärtige Grenze.
5. Mit Österreich: Die Grenze vom 3. August 1914 von der Schweiz bis zur nachträglich abgegrenzten Tschechoslowakei.
6. Mit der Tschechoslowakei: Die Grenze vom 3. August 1914 zwischen Deutschland und Österreich von ihrem Schnittpunkt mit der alten Verwaltungsgrenze, die Böhmen und die Polen und Ober-Oesterreich trennt bis zur Endspitze des Vorbergs der ehemaligen Provinz Oesterreich-Schlesien ungefähr 8 Kilometer östlich von Neustadt.
7. Mit Polen: Von dem oben angegebenen Punkt nach Norden und bis zur Spitze des Vorbergs der Ostgrenze des Kreises Ballenberg ungefähr 3 km. östlich Busch, eine auf dem Gebiete westlich von Busch zu ziehende Linie, von da die Ostgrenze des Kreises Ballenberg, sodann die Grenze zwischen Ober- und Mittelschlesien, sodann die Westgrenze von Polen bis zur Vorka, sodann den Lauf dieses Flusses stromaufwärts, sodann die Grenze zwischen den Kreisen Guraun und Glogau nach Norden, sodann die Grenze Polens gegen Nordosten bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze zwischen den Kreisen Lissa und Krausitz, von da nach Nordwest bis zu einem auf der Straße zwischen den Orten Naruschna und Kopnik festzusetzenden Punkt, eine Linie, die auf dem Gebiete westlich der Ostschlesien Geyersdorf, Brenne, Rehlen, Altkloster und Kiebel und östlich der nachfolgenden Orte Ilberzdorf, Buchwald, Algen, Weine, Lupuje, Schwenten, von da nach Norden bis Schlobje, eine Linie festzusetzen auf dem längs der Mittellinie der Seen verlaufende Raum, wobei in diesem die Stadt und die Station Deutschen einschließlich der Linienkreuzung Schwiebus, Ventischen und Jullschau westliches polnisches Gebiet verbleibt, von da nach Norden und Nordosten bis zum Schnittpunkt der Grenze der Kreise Schwezin, Birnbaum und Meseritz, eine in dem Raume östlich von Ventischen festzusetzende Linie, von da nach Norden die Grenze zwischen den Kreisen Schwezin und Birnbaum, sodann nach Osten die Nordgrenze der Provinz Posen, sodann nach Nordosten die Grenze der Kreise Willehne und Gzarnitz, sodann den Neuland stromaufwärts, sodann nach Norden die Ostgrenze des Kreises Gzarnitz bis zu seinem Schnittpunkt mit der Grenze von Posen, gelegen am äußersten Vorprung ungefähr 5 km. Westnordwest von Schneidemühl, eine in dem Raume festzusetzende Linie, von da die Grenze Polens bis zu ihrem Schnittpunkt mit der Grenze zwischen den Kreisen Platom und Deutschtrone, von da nach Nordosten bis zur Höhe 205 ungefähr 5 km. Westnordwest von Konitz, eine in dem Raume ungefähr parallel mit der Eisenbahn Schneidemühl-Konitz und ungefähr 8 km. westlich von dieser festzusetzende Linie, die sich, im Westen die Orte Annafeld, Friedland, Steinborn, Nielemanz und östlich die Orte Satalino, Wengers, Gurlen, Radowitz, Ranken, Darnitz, Schloschau (unter Belassung der Eisenbahn Hammerstein-Schloschau-Bredlau), Lichtenhagen, Niehnau verläuft, von da nach Norden die Grenze zwischen den Kreisen von Konitz und Schloschau, sodann die Grenze von Westpreußen bis zum äußersten Norden des Vorprungs ungefähr 8 km. südlich von Lauebnurg, von da nach Norden bis zur Höhe, eine Linie, die in dem Raume westlich der Dörfer Gesefeld, Sallie, Chottitzow, der Mittellinie der östlich dieser Ortschaften gelegenen Seen folgend und über die Karte 32 ungefähr 5 km. nordwestlich von Olfeden verläuft.
8. Mit Dänemark: Die Grenze, wie sie in den Artikeln über Schleswig festgesetzt wird.

Artikel 28 beschäftigt sich mit der Grenze von Ostpreußen vorbehaltlich der im Abschnitt 3 über Ostpreußen getroffenen Bestimmungen. Die Grenze läuft von einem Punkt der

Ostsee Küste, 1 1/2 km. von der Kirche des Dorfes Bräbbernan und in einer von Norden nach Osten zu berechnenden Richtung von 150 Grad, eine Linie von etwa 2 km., die an Ort und Stelle bestimmt werden soll. Von da in gerader Linie auf das Leuchtfeuer, das im Bogen des Kanals von Elbing ungefähr auf der Höhe 34 Grad 19 1/2 Min. nördl. Breite 19 Grad 26 Min. östlich liegt. Von da bis zur östlichen Mündung des Rogat, ungefähre Linie, die von Norden nach Osten zu ziehen ist am Kanal von 200 Grad. Von da der Rogat entlang stromaufwärts bis zu dem Punkt, von dem dieser Fluß die Weichsel verläßt, von da ab den Hauptschiffahrtskanal der Weichsel stromaufwärts, sodann die südliche Grenze des Kreises Marienwerder, dann des Kreises Rosenburg nach Osten und zwar bis zum Schnittpunkt mit der ehemaligen Grenze von Ostpreußen, von dort die ehemalige Grenze zwischen Ost- und Westpreußen, sowie die Grenze zwischen den Kreisen Osterode und Neidenburg, sowie stromaufwärts des Flusses Stotte, sowie stromaufwärts dem Neßlau entlang bis zum Punkte der etwa 5 km. westlich Bialutten liegt, und der ehemaligen russischen Grenze im Westen liegt, endlich von da gegen Osten und von da bis zu einem Punkt unmittelbar im Süden des Schnittpunktes Neidenburg, Mlawo und der ehemaligen russischen Grenze, von da eine Linie, an Ort und Stelle zu bestimmen, die nördlich von Bialutten verläuft, von da der alten russischen Grenze entlang bis östlich von Samallenagen, sodann stromaufwärts dem Hauptschiffahrtskanal der Memel und sodann dem Schierwielharm des Delta, entlang bis zum Kurischen Haff, von dort in gerader Linie bis zum Treffpunkt des Flußes der Kurischen Nebrung bis zur Verwaltungsgrenze östlich etwa 4 km. südwestlich von Riden, von da längs dieser Verwaltungsgrenze bis zum Westufer der Kurischen Nebrung.

Die territorialen Bestimmungen des Friedensvertrags enthalten außer dem dauernden Verzicht auf Elb-Weichseln den gebliebenen Verzicht auf Aehl und den Verzicht auf alle Nebenflüsse, ferner Verzicht auf das Saargebiet einschließlich der hayerischen Pfalz auf 15 Jahre mit endgültigem Verlust der Gebietshoheit. Wenn die Saarbergwerke nach Verlauf der genannten Frist nicht in Gold zurückgekauft werden oder eine Volksabstimmung für Frankreich entscheidet, so verbleibt Deutschland auf Neutral-Moresnet und Preußisch-Moresnet sowie auf die Kreise Eupen und Namedy, die an Belgien fallen. Ferner verbleibt Deutschland auf Oberschlesien, Posen und Lissa, Wernbaum, Schneidmühl, Westpreußen mit Thorn, Graubenz und den weiteren Strecken bis zur Elbe einschließlich der Freistadt Danzig zugunsten Polens. Endlich wird eine Abstimmung in Nord- und Mittelschleswig nach drei Zonen angeordnet.

Der neunte Teil der Friedensbedingungen umfaßt die finanziellen Klauseln.

Der gesamte Besitz und alle Einnahmen Deutschlands sowie der deutschen Gliedstaaten hatten an erster Stelle für die Kosten der Wiederherstellung sowie für andere Lasten, die sich aus dem vorliegenden Vertrage oder irgendwelchen sonstigen Abmachungen zwischen Deutschland und den alliierten und assoziierten Mächten seit Abschluß des Waffenstillstandes ergeben. Insbesondere darf die deutsche Regierung bis zum 1. Mai 1921 Gold nur ausführen oder darüber befinden, oder die Ausfuhr von Gold gestatten, wenn die Kommission für die Wiederherstellung im Namen der alliierten und assoziierten Mächte die Erlaubnis erteilt. Im einzelnen muß Deutschland die Unterhaltungskosten aller alliierten und assoziierten Meere im besetzten deutschen Gebiete seit dem 12. November 1918 zahlen. Die Kommission für die Wiederherstellung stellt fest, welche von Deutschland auf Grund des Waffenstillstandes geleisteten Lieferungen auf die von Deutschen zu leistenden Zahlungen anzurechnen sind. Dabei werden Zahlungen für die Versorgung Deutschlands mit Nahrungsmitteln und Rohstoffen, sowie Zahlungen, die nach Ansicht der Entente den Zweck haben, Deutschland zur Leistung der Wiederherstellung zu befähigen, die Priorität haben. Die Entscheidung hierüber steht bei den alliierten und assoziierten Regierungen. Das Recht dieser Regierungen, über das Guthaben und das Eigentum der Deutschen im Bereiche ihrer Gerichtsbarkeit zu verfügen, soweit dieser deutsche Besitz beim Inkrafttreten des vorliegenden Vertrags sich in diesen Gebieten befindet, wird nicht berührt. Dasselbe gilt von den Pfändern und Hypotheken, die sich im Besitze der alliierten und assoziierten Regierungen oder ihrer Staatsangehörigen befinden und bei denen deutsche Staaten oder ihre Staatsangehörigen Schuldner sind, soweit diese Verpflichtungen aus der Zeit vor Eintritt des Kriegszustandes zwischen Deutschland und den betreffenden Regierungen stammen.

Die Mächte, denen deutsches Gebiet abgetreten wird, übernehmen einen Teil der deutschen Reichsschuld, sowie des betreffenden deutschen Staates nach dem Stande des 1. August 1914. Die Verträge, sowie die Art der Übernahme werden von der Kommission der Wiederherstellungen gemäß dem Durchschnitt der drei Finanzjahre 1911/1913 festgesetzt. Hieron ist jedoch Elsaß-Lothringen ausgenommen, sowie derjenige Teil, der auf Polen entfallenden Schulden, der nach Ansicht der Kommission für Wiederherstellungen, die aus Maßnahmen zu der deutschen Kolonisation stammt. Ebenso sind hieron die Teile der Schulden ausgenommen, welche zum Erwerb des Eigentums des deutschen Reiches oder deutscher Staaten in den betr. Gebieten gedient hat. Dieses Eigentum wird von den Staaten, an die dieses Gebiet abgetreten wird, zu einem Kreise erworben, den die Kommission zur Wiederherstellungen festsetzt. Der Erlös wird von dieser Kommission der deutschen Regierung auf die Summe angerechnet, die sie für die Wiederherstellung schuldet. Zu diesem Besitz wird gerechnet alles Eigentum der Krone, des deutschen Reiches und der deutschen Staaten, sowie das Privateigentum des deutschen Kaisers und anderer kaiserlichen Beamten, Frankreich übernimmt jedes in Elsaß-Lothringen gelegene Eigentum ohne jede Verpflichtung einer Zahlung. Dasselbe Recht erhält Belgien für die in seinen Besitz übergehenden Gebiete. In den früheren Gebieten, die durch Beauftragte für den Völkerverbund verwaltet werden, übernimmt weder dieses Gebiet noch die verwaltende Macht irgend einen Teil des deutschen Schuldendienstes. Zugleich gehen alle in diesen Gebieten gelegenen Vermögensgegenstände des Deutschen Reiches oder der deutschen Staaten an

Die beauftragte Macht über, ohne daß hierfür eine Entschädigung geleistet wird.

Deutschland verzichtet auf alle Rechte irgend welcher Art für sich und seine Staatsangehörigen außer Verträgen betr. Kommissionen, Agenturen, Staatslösen in sämtlichen assoziierten und alliierten Ländern, sowie in Österreich-Ungarn, Bulgarien, der Türkei und Rumänien, verpflichtet sich weiter zugunsten der Entente, die mit der Türkei und Österreich-Ungarn abgeschlossenen Finanztransaktionen rückgängig zu machen und beständig seinen Verzicht auf die Rechte aus den Verträgen von Bukarest und Brest-Litowsk, sowie den Zusatzartikeln. Des weiteren werden Bestimmungen getroffen über Rechte und Interessen deutscher Staatsangehöriger innerhalb Rußlands, Chinas, Österreich-Ungarns, Bulgariens und der Türkei, sowie die brasilianische Schuld.

10. Teil der Friedensbedingungen. Wirtschaftliche Klauseln. Deutschland verpflichtet sich zur Rückbegünstigung der Einfuhr aus sämtlichen alliierten und assoziierten Staaten, sowie der Ausfuhr einseitig-lothringischer Erzeugnisse haben fünf Jahre lang das Recht der zollfreien Einfuhr nach Deutschland. Für Polen gilt das Gleiche für drei Jahre. Die Zollbegünstigung erstreckt sich auf die alliierten und assoziierten Mächte auf Schiffahrt, Luftfahrt und Seepost, wobei jene Mächte die Polizei ausüben. Weiter erstreckt sich die Zollbegünstigung auf Staatsangehörige jener Mächte hinsichtlich ihres gewerblichen Eigentums usw. Zur Regelung der Bezahlung der Schulden zwischen Angehörigen feindlicher Länder wird jede der verlagerten Regierungen binnen drei Monate ein Büro einrichten, welches ausschließlich für Leistungen und Empfang deutscher Zahlungen bestimmt ist.

Kriegsmahnahmen, welche Deutschland in Bezug auf Eigentumsrecht und Interessen von Staatsangehörigen der alliierten Mächte getroffen hat, werden umgehend stiftet werden und in ihre Rechte wieder eingesetzt. Dagegen behalten sich die alliierten Mächte das Recht vor, Eigentum usw. deutscher Staatsangehöriger auf ihrem Gebiet zurück zu halten und zu requirieren. Deutschland hat seine Staatsangehörigen zu entschädigen. Dritter Teil. Bestimmungen über europäische Politik.

3. Teil. Bestimmungen über europäische Politik. Abschnitt: Belgien.

Artikel 31. Deutschland ist mit der Aufhebbung der Verträge von 1839 einverstanden und verpflichtet sich schon jetzt, alle Abmachungen anzuerkennen und zu beachten, die die alliierten Großmächte mit Belgien oder den Niederlanden abgeschlossen werden.

Artikel 32-34 betreffen die bereits gemeldeten Bestimmungen über Moresnet, Eupen und Malmedy.

Artikel 35-39 enthalten Einzelheiten über Regelung der Grenzlinien zwischen Deutschland und Belgien, Option deutscher Staatsangehöriger für Belgien, Herausgabe von Archiven und Dokumenten und Regelung der finanziellen Lasten Deutschlands und Preußens hinsichtlich der abgetrennten Gebiete.

Artikel 40: Deutschland erkennt unter Verzicht auf frühere Verträge an, daß das Großherzogtum Luxemburg aufgehört hat, einen Bestandteil des deutschen Zollvereins zu bilden. Luxemburg erhält alle Vorteile und Rechte, die ihm von den hauptsächlichsten alliierten und assoziierten Mächten gewährt werden.

Artikel 42-44: Deutschland wird weder auf dem linken Rheinufer noch 50 Kilometer auf dem Ostufer festsetzen, aber davon dürfen keine demilitarisierten Zonen, keine unbesetzten militärischen Mandate abhalten usw. Zu Verhandlungen werden als Stützpunkt des Westens angesehen.

Artikel 45-50 betreffen das Saargebiet. Deutschland überträgt an Frankreich den vollständigen und unbeschränkten, von allen Schulden entlasteten freien Besitz mit dem Ausnahmestück auf dessen Ausübung der im Saargebiet liegenden Kohlengruben. Es folgen die genauen Angaben der Grenzen. 15 Jahre nach dem Inkrafttreten dieses Vertrages wird die Bevölkerung der Saar unter dem Vorbehalt der Befugnisse, unter welche sie gestellt zu werden wünscht. Weitere Bestimmungen beziehen sich auf die Bedingungen für die Abtrennung der Bergwerke, Maßnahmen zur Sicherung der Rechte und zur Wohlfahrt der Bevölkerung und die Bedingungen für die Volkstimmung. Die Volkstimmung durch den französischen Staat erfolgt frei von allen Schulden und Lasten.

Aufrufe an das deutsche Volk.

W. Berlin, 8. Mai. Der Reichspräsident und die Reichsregierung wenden sich in einem Aufruf an das deutsche Volk, in dieser schweren Stunde mit der Regierung auszuhalten in wechselseitigem Vertrauen auf dem Wege der Pflicht und im Glauben an den Sieg der Vernunft und des Rechts. An den deutschen Osten wendet sich eine gemeinsame Kundgebung der Regierung und der preussischen Staatsregierung, die Bevölkerung der östlichen Provinzen Preußens möge überzeugt sein, daß die Regierung der Republik das äußerste aufbietet, um die ihr drohende Gefahr abzuwenden.

Die Nationalversammlung ist auf Montag nach Berlin einberufen.

Der Präsident des Reichsministeriums hat an die Regierung der Freistaaten folgendes Telegramm erlassen: Mit schwerer Not und Sorge belastet hat das deutsche Volk in den Monaten des Waffenstillstandes den Friedensbedingungen entgegengekehrt. Mit ihrer Bekanntmachung ist tiefste Enttäuschung und unheilvolle Trauer über unser Volk gekommen. Diesem Gefühl aller Deutschen wird offen Ausdruck zu geben sein. Auf Beschluß der Reichsregierung werden die Regierungen der Freistaaten ersucht, zu veranlassen, daß für die Dauer einer Woche alle öffentlichen Lustbarkeiten unterbleiben und in den Theatern nur solche Darstellungen zur Ausführung gelangen, die dem Ernste dieser schweren Zeit entsprechen.

Der Deutsche Volksrat für Westpreußen veröffentlicht laut Berliner Tageblatt eine Kundgebung, worin es heißt: Die schon lange hochgehende Erregung ist durch die drohende Gefahr auf den Gipfel getrieben und die feste Entschlossenheit, unter keinen Umständen die Vergewaltigung hinzunehmen, ist so allgemein, daß mit einem leidenschaftlichen Ausbruch gerechnet werden muß. Bei dem Einzug von Grenzschutztruppen in Döbeln kam es zu großen Demonstrationen der Bevölkerung für Deutschland.

Das Urteil der deutschen Presse.

In Berliner Blättern kommt bei Besprechung des Friedensdokuments einmütig die Ansicht zum Ausdruck, daß es gegenüber diesem Frieden rücksichtsloser Vergewaltigung, welcher Deutschlands Todesurteil bedeutet, nur eine Antwort gibt.

Der „Vorwärts“ schreibt: Die Ententemächte, vor allem Amerika, das besonders salbungsvoll durch Wilsons Mund die schönen Phrasen von Gerechtigkeit, Dauerfrieden, Völkerverständigung usw. bekundete, haben nun auch offiziell die Wägen des Schicksal zu lassen. Einen Nichtfrieden auf Grund der 14 Punkte Wilsons wollte man mit uns schließen. Die Welt, die einst Hoffnungen auf eine verblühende Zukunft hegte, wird nun sicher enttäuscht sein. Innerlich lehnen wir diesen Frieden entschieden ab und in diesem Gefühl wissen wir uns eins mit dem internationalen Proletariat, das längst erst in Amsterdam erklärte, gegen einen Gewaltfrieden den Kampf aufzunehmen zu wollen.

Auch das Blatt der Unabhängigen, die „Freiheit“, betont den tiefsten Gegensatz in diesen Friedensbedingungen zu den Wilsonschen Forderungen. Wird der künftige Friede auf diesem Kompromiß zwischen dem demokratischen Sozialismus und dem noch immer lebenskräftigen Imperialismus der Weltmächte aufgebaut, so wird er keine Verheißung und Verbrüderung der Völker herbeiführen. Deshalb wird keine proletarische Partei diesen Frieden abschließen können. Weder die deutschen Arbeiter, noch die englischen oder französischen werden in diesem Frieden nur eine teilweise Erfüllung ihrer Forderungen sehen. Das Blatt schließt mit der Hoffnung, daß die internationale Proletaratsfront mit berechneten Kräften einen wahren Völkerverfrieden auf sozialistischer Grundlage schaffen wird.

Das „Berliner Tageblatt“ setzt über die Besprechung der unannehmbaren Friedensbedingungen das Wort „Nein“. Das Blatt unterstreicht, daß nicht eine Spur von jauchemännlicher Ueberlegung oder Spitz von den Grundgedanken Wilsons in ihnen erkennbar ist. Auch in den Ausführungen der anderen Blätter aller Parteien kommt der Satz zum Ausdruck, daß dieser Entwurf des Friedensvertrages ein ungeheures moralische Niederlage Wilsons

bedeute, wenn es ihm mit seinen Abmachungen in den letzten Jahren auch nur einen Augenblick ernst gewesen sei.

Die „Germania“ erklärt, daß dieser Entwurf mit einem Verständigungs- und Verständigungsfrieden unvereinbar ist. Der „Berliner Lokal-Anzeiger“ überschreibt seine Besprechung „Finis germaniae“ (Das Ende Deutschlands. Die Red.) Das Blatt stellt fest, daß kein Artikel der 14 Punkte Wilsons, zu denen sich beim Abschluß des Waffenstillstandes beide Parteien verpflichtet haben, unverletzt ist. Alles, was dieser einseitigen Völkerverständigung und Völkerverbund, von Selbstbestimmungsrecht und Verteilung der Kolonien redet, ist eitel Lüge. Der Wortlaut des Friedensvertrages ist ein Dolch auf jene künftigen Lebensarten.

Die „Tägliche Rundschau“ steht in ihm nur einen Verständigungsfrieden, der den Krieg mit anderen Mitteln, aber in derselben Weise wie vorher fortsetzt und das deutsche Volk noch auf Jahrzehnte nach dem Krieg hinaus bedrückt und seine Wiederaufrichtung dauernd verhindert. In letzter Feinde wollen den Krieg verzögern. Ihre Forderungen sind unerfüllbar und unmöglich.

Die „Post“ verweigert dem überreichen Entwurf die Bezeichnung „Friedensvertrag“, weil er keine Uebereinkunft zwischen den europäischen Mächten, sondern eine Erpressung und Demütigung, die neuen Haß wecken und künftige Kriege einleiten müsse.

W. Wien, 8. Mai. Die Blätter nennen die gestern in Versailles den deutschen Delegierten übergebenen Friedensbedingungen der Entente den häßlichsten Gewaltfrieden, der in der Geschichte kaum seinesgleichen hat und der geeignet ist, neuen Unfrieden herbeizuführen. Sie werfen die Frage auf, ob Deutschland, das durch die vorgelegten Bedingungen nicht einmal den vollen Umfang der von ihm verlangten materiellen Forderungen kennen lernt, eine Niederlage unterzugehen wird, der es territorial eingeschränkt, moralisch demütigt und wirtschaftlich erdrückt. Die Blätter warnen die Entente, die Bestimmung zu verlieren, denn eine Bewegung in ihren eigenen Ländern könne auch sie erfassen und diejenigen hinwegjagen, die heute noch des bestehenden Glaubens sind, nicht allein Herrscher ihrer eigenen Völker, sondern auch des ganzen Erdballs zu sein.

Die englische Presse.

Rotterdam, 9. Mai. Dem „Nieuwe Rotterdam Courrier“ zufolge werden die Friedensbedingungen von der englischen Presse mit Ausnahme der linksstehenden Blätter im allgemeinen günstig aufgenommen. Die Lloyd George nahestehenden Blätter erklären, daß alle Wohlwörterungen gehalten worden sind. Die ultraconservative „Morningpost“ teilt jedoch nicht diese Ansicht und findet, daß die Bedingungen bezüglich der Entschädigung unbefriedigend seien. Die großen Versprechungen, die bei den Wahlen gegeben wurden, seien nicht erfüllt worden. Die Northcliffe-Presse enthält sich eines endgültigen Urteils, betont nicht der volle Wortlaut des Friedensvertrages vorliege, indem sie bemerkt, daß der veröffentlichte Auszug von einem Lloyd George nahestehenden politischen Journalisten hergestellt wurde.

Auch die amerikanische Presse ist einverstanden.

Amsterdam, 9. Mai. Das Neuterische Büro meldet aus New York, daß die dortigen getriggen Morgenblätter übereinstimmend erklären, Deutschland sei durch die Friedensbedingungen völlig madlos geworden und habe damit das Schicksal gefunden, das es verdienen.

Die Parteien.

Über die Haltung der Parteien gegenüber den Friedensbedingungen der Entente sagt der „Berliner Lokal-Anzeiger“, die Bewegung im Reich ist im Prinzip nicht anders als in der getriggen Sitzung des Friedenssauses aus und man halte sofort den Eindruck, daß die übermittelten Bedingungen in der vorliegenden Form unannehmbar sind.

Die deutschen Kriegsgefangenen.

Wie der „Berliner Lokal-Anzeiger“ hört, ist an die Militärten eine Note abgegangen, in der verlangt wird, daß die deutschen Kriegsgefangenen, da nunmehr die Friedensverhandlungen begonnen haben, freigelassen werden. Der Friedensvertrag sieht vor, daß die Gefangenen erst nach der Ratifizierung freigelassen werden.

Aquis submersus.

12. Novelle von Theodor Storm.

Da ich gleichwohl mit dem Wirtche reden wollte, so ritt ich herzu und brachte meinen Gaul im Stalle unter. Als ich danach auf die Tenne trat, war es gedrängt voll von Menschen, Männern und Weibern, und ein Geschrei und lästiges Getöse, wie ich solches, auch beim Tanz, in früheren Jahren nicht bemerkt. Der Schein der Umkleitkerzen, so unter einem Balken auf einem Kreuzholz saßen, hob manch häßlich und verdächtige Antlitz aus dem Dunkel, dem man lieber nicht allein im Wald begegnet wäre. — Aber nicht nur Stroche und Bauernburche schienen hier sich zu vergnügen; bei den Musikanten, die sich drüben vor der Türe auf ihren Tonnen saßen, stand der Junke von der Risch; er hatte seinen Mantel über dem einen Arm, an dem andern hing ihm eine dicke Dirne. Aber das Stücklein schien ihm nicht zu gefallen; denn er rief dem Fiedler seine Geigen aus den Händen, warf eine Handvoll Münzen auf seine Tenne und verlangte, daß sie ihm den neu-modischen Brecktritt aufspielen sollten. Als dann die Musikanten ihm gar zu rauh gehorchten und wie toll die neue Weise klingen ließen, schrie er nach Platz und schwang sich in den dichten Garten; und die Bauernburche glotzten drauf hin, wie ihm die Dirne im Arme lag, gleich einer Tauben vor dem Geier.

Ich aber wandte mich ab und trat hinten in die Stube, um mit dem Wirtche zu reden. Da sah der Junke Wulf beim Krüge Wein und hatte den alten Dicken neben sich, welchen er mit allerhand Späßen in Bedrängnis brachte; so drohete er, ihm seinen Hinz zu feigern, und schüttelte sich vor Lachen, wenn der geängstete Mann gar jämmerlich um Gnad und Nachsicht huppelte. — Da er mich gewahr worden, ließ er mich ab, bis ich selbst mich an den Tisch setzte; kurz nach meiner Reife, und ob ich in Hamburg mich auch wohl vergnügt; ich aber antwortete nur, ich käme eben von dort zurück, und werde der Mahnen in Kürze in der Stadt eintreffen, von wo Hans Dicken ihn mit seinem Handwäglein leichlich nahe holen lassen.

Indes ich mit letzterem solches nun verhandelte, kam auch von der Risch herbeigekommen und lärmte dem Wirtche zu, ihm einen hübschen Trunk zu schaffen. Der Junke Wulf aber, dem bereits die Zunge schwer im Munde wühlte, sagte ihm am Arm und rief ihn auf den leeren Stuhl hernieder

„Rim, Kurt!“ rief er. „Bist du noch nicht satt von deinen Dirnen! Was soll die Katharina dazu sagen? Komm, mach dir alamoede ein ehrbar hazard mitkommen!“ Dabei hatte er ein Kartenpiel unterm Wams hervorgezogen. „Allons donc! — Dix et dame! — Dame et valet!“

Ich stand noch und sah dem Spiel zu, so dormalen eben Wode worden; nur während, daß die Nacht verging und der Morgen kommen mochte. — Der Trunkens Wien aber dieses Mal des Müllertens Uebermann; dem von der Risch schlug nacheinander jede Karte fehl.

„Tröste dich, Kurt!“ sagte der Junke Wulf, indes er lärmte die Speckesbaker auf einen Haufen stürzte:

Glick in der Dieb  
Und Glick im Spiel,  
Bedenk, für einen  
Zit's zu viel!

Daß den Maler hier von seiner schönen Braut erzählen. Der weiß sie auswendig; da kriegt du's nach der Kunst zu wissen.“

Dem andern, wie mir am besten kund war, mochte aber noch nicht viel von Liebesglück bewußt sein; denn er schlug klagend auf den Tisch und sah zornig auf mich her.

„Du bist eierflichtig, Kurt!“ sagte der Junke Wulf vernünftig, als ob er jedes Wort auf seiner Zunge schmedete; aber grüßte dich, der Mahnen ist schon fertig zum Wiede; dein Freund, der Maler, kommt eben von Hamburg.“

Bei diesem Worte sah ich den von der Risch aufzuden gleich einem Spitzhünd bei der Witterung. „Von Hamburg heut? — So muß er ja wohl Mantel sich bedienet haben; denn mein Melknacht sah ihn heut zu Mittag noch in Wese! Im Still, bei deiner Wale ist er auf Besuch gewesen.“

Meine Hand lud unmerklich nach der Brust, wo ich das Stücklein mit dem Brief vermahret hatte; denn die trunkenen Lippen des Junkers Wulf lagen auf mir; und war mir nicht anders, als läbe er damit mein ganz Geheimnis offen vor sich legen. Es wahrte auch nicht lange, so floßen die Karten flatternd auf den Tisch. „Hol!“ schrie er. „Am Stitt, bei meiner Wale! Du treibst wohl gar doppelt Handwerk, Bursch! Wer hat dich auf den Botengangs geschickt?“

„Vor nicht, Junke Wulf!“ entgegnet ich; und das muß dich genug sein! — Ich wollt noch meinem Wesen greien, aber er war nicht da; fiel mir auch bei mir, daß ich ihn an

den Zettelknopf gehängt, da ich vorhin den Gaul zu Stall brachte.

Und schon schrie der Junke wieder zu seinem jüngeren Kumpan: „Heiß ihm das Wams auf, Kurt! Es gilt den blanken Fusten hier, du findest eine laubere Briefschäft, die du ungenügend nicht bestellest!“

Im selbigen Augenblick schloß ich auch schon die Hände des von der Risch an meinem Reide, und ein wilder Ringen zwischen uns begann. Ich hielt wohl, daß ich so leicht, wie in der Bubenzeit, ihm nicht mehr über würde; da aber süßte es sich zu meinem Glücke, daß ich ihm beide Handgelenke packte und er also wie gefesselt vor mir stand. Es hatte keiner von uns ein Wort dabei verstanden lassen; als wir uns aber kund in die Augen sahen, da wußte jeder wohl, daß er's mit seinem Tobende vor sich habe.

Solches schien auch der Junke Wulf zu meinen; er streckte von seinem Stuhl empor, als wolle er dem von der Risch zu Hilfe kommen; mochte aber zu viel des Weins genossen haben, denn er taumelte auf seinen Platz zurück. Da schrie er, so laut seine lallende Zunge es noch vermochte: „Se, Turtar, Kurt! Wo steht ihr Turtar, Kurt!“ Und ich wußte nun, daß die zwei grimmen Räter, so ich vorhin auf der Tenne an dem Kurzhant hatte kugeln sehen, mir an die nackte Kehle springen sollten. Schon hörte ich sie durch das Getöse der Tanzenden bahrtschreien, da rief ich mit einem Rud schlingens meinen Feind zu Boden, tramp dann durch eine Seitenthür aus dem Zimmer, die ich schmetternd hinter mir zuwarf, und gewann also das Freie.

Und um mich her war böhlich wieder die stille Nacht und Mond und Sternenschein. In den Stall zu meinem Gaul wagt ich nicht erst zu gehen, sondern sprang flugs über einen Wall und ließ über das Feld dem Walde zu. Da ich ihn bald erreichte, suchte ich die Richtung nach dem Strohstohle einzubalten; denn es stieß sich die Fohlung bis hart zur Gartenmauer. Rwar war die Stelle der Stimmelschier hier durch das Raub der Rume auch schlössen; aber meine Augen wurden der Dunkelheit gar bald gewohnt, und da ich das Stücklein sicher unter meinem Mantel hielt, so tappte ich richtig vorwärts; denn ich gedachte den Rest der Nacht noch einmal in meiner Kammer auszurufen, dann aber mit dem alten Dickerich zu berathen, was allort geschehen sollte; mögen ich wohl sage, daß meines Weibens hier nicht Herder sei. (Fortsetzung folgt.)

### Rundgebung des preußischen Abgeordnetenhauses.

Berlin, 8. Mai. In der heutigen Sitzung der preußischen Landesversammlung, die auf 12 Uhr festgesetzt war, sich aber bis auf 1/2 Uhr nachmittags verzögerte, wurde der Etat nach einem gemeinsamen Antrag aller Parteien zu einem großen Teile an den Staatshaushaltsausschuss verwiesen. Darauf bestellte Ministerpräsident Girsch, daß die Friedensbedingungen zu der am 11. April gefassten Entschließung der Landesversammlung im härtesten Widerspruch stehe. Von einem Verständigungsfrieden sei in den Bedingungen keine Spur. Es sei ein reiner Machtfriede. Jetzt heiße es vor allen Dingen kaltes Blut zu bewahren. Entschlossen müsse sich jetzt das Volk hinter die Reichs- und Staatsregierung stellen. Der trübste Tag der deutschen Geschichte müsse ein starkes Gesicht finden. Vizepräsident Frenkel erklärte anschließend im Auftrag einer großen Zahl von Abgeordneten, daß sie gegen das vom Reichsherrn der Entente diktierte Vorgehen (deno idarftien Einpruch erheben, wie gegen die Bedingungen, die gegen Treu und Glauben verfochten. Nachdem noch Adolf Hoffmann (U. S.) erklärt hatte, daß keine Partei die Bedingungen der Entente auf das härteste verurteile und einen Appell an die Proletarier aller Länder gerichtet habe, die den Gewaltfrieden der Entente durch die Weltrevolution zunichte machen würden, schlug Vizepräsident Frenkel den Abschluß der Verhandlungen auf unbestimmte Zeit vor.

#### Die Verteilung der Kolonien.

Paris, 8. Mai. Kamer. Amlich. Der Dreierrat beschloß über die deutschen Kolonien wie folgt zu verfügen: Bezüglich der Zukunft des Kongoland und Kamerun werden Frankreich und Großbritannien dem Völkerbund gemeinsame Vorschläge machen. Was die anderen Kolonien betrifft, so werden die Mandate folgendermaßen verteilt werden: Deutsch-Ostafrika fällt an Großbritannien, Südwestafrika an die südafrikanische Union, die deutschen Samoa-Inseln fallen an Neuseeland, die anderen deutschen Besitzungen in Stillen Ozean südlich des Äquators an Australien mit Ausnahme von Nauru, für welches letzteres Großbritannien ein Mandat erhält. Die deutschen Inseln im Stillen Ozean nördlich des Äquators fallen an Japan.

#### Wie der Völkerbund aussehen soll.

Berlin, 8. Mai. Der erste Artikel des Dokumentes umfaßt die Normen betr. den Völkerbund entsprechend dem Pariser Statut vom 14. Februar und dessen späteren geringfügigen Änderungen. Für Deutschland ist insbesondere wichtig: Das Statut stellt zwei Gruppen von Mitgliedern des Völkerbundes vor, die ihm von Anfang an zugehören. Die erste Gruppe umfaßt diejenigen Staaten, die gegen uns gekämpft und die diplomatischen Beziehungen zu uns abgebrochen haben. Alle diese Staaten sind selbst Mitglieder des Völkerbundes. Die zweite Gruppe umfaßt die Neutralen des gegenwärtigen Krieges, namentlich die Staaten Holland und Schwiz. Diese Staaten sind eingeladen, sich binnen zwei Monaten nach vorbehaltloser Erklärung dem Völkerbunde anzuschließen. Wichtig ist also die Tatsache, daß das Deutsche Reich einstimmen in die Organisation nicht einbezogen werden soll und es kann nachträglich nur durch eine Art Sabotage Mitglied werden. Erforderlich ist Zweidrittelmehrheit innerhalb der Staatenversammlung und die Aufnahme ist an die Zustimmung geknüpft, daß ein außenstehender Staat effektive Garantien seiner aufrichtigen Absichten, seine internationalen Verpflichtungen einzuhalten, daß er also das Regiment abgibt, das durch den Völkerbund, speziell für seine Streitkräfte zu Land und zur See festgesetzt wird. Diese Bestimmungen würden also auch zur Anwendung kommen gegenüber unseren ehemaligen Bundesgenossen, falls sie die Aufnahme in den Völkerbund nachsuchen sollten.

#### Wahrscheinliche Folgen des Geiselmordes.

München, 7. Mai. Die Erbitterung über den Geiselmord, sowie über den heimtückischen Widerstand der Spartakisten hat zu einem beratschlagungsreichen Verbrechen geführt. Am Abend des 6. Mai fand entgegen den bestehenden Anordnungen über das Versammlungsverbot eine Versammlung von circa 30 Personen im Norden der Stadt statt. Die Versammlung wurde durch Streikposten aufgehoben, die Versammlung infiziert und in das Gefängnis geführt. In diesem drang gegen 9 Uhr abends eine Gruppe bewaffneter bayerischer Soldaten ein. Es kam zu einer Schießerei, bei der diese bayerischen Soldaten, im Glauben, Spartakisten vor sich zu haben, 21 Personen töteten. Die Schulden wurden verhaftet. Die kriegsgerichtliche Untersuchung ist im Gange und liegt in der Hand der 2. Garde-Division. Die Generale Oden und Wöhl behaupten auf das schärfste diesen Ausbruch entseffelter Leidenschaft. Sie haben starken Befehl erteilt, daß jeder Soldat, der eine unredelmäßige Erziehung vornimmt, als Mörder behandelt und erschossen wird. Andererseits ist das Verbrechen ein erneuter Beweis dafür, daß so schwierige und verantwortungsvolle Aufgaben wie sie hier zu lösen sind, nur eine durch strenge Disziplin gefestigte und seit in der Hand ihrer Offiziere befindliche Truppe erfüllen kann.

### Gemeindefozialismus.

(Rede des Abg. Dr. Kraus in der Parteiverammlung in Dur la G am Samstag, 8. Mai.)

Die Revolution des 9. November und ihre Auswirkungen haben dem politischen und wirtschaftlichen Leben der Gemeinde einen ganz anderen Rahmen, eine tiefere Bedeutung gebracht, als die besten unserer gemeindepolitischen Köpfe je zu hoffen und zu denken gewagt hätten. In der Revolution ist nicht bloß das imperialistisch-politische System unserer früheren Machthaber, sondern auch das privatkapitalistische, auf der Ausbeutung der menschlichen Arbeitskraft beruhende System zusammengebrochen und es ist ausgeschlossen, es wieder aufzubauen, ohne die Opfer eines neuen Weltkrieges heraufzubefürchten. So bleibt nur noch der Weg zur

#### sozialistischen Wirtschaftsweise

übrig. Dieser Weg muß eingeschlagen werden, ruhig, ohne Ueberstürzung mit sorgfältiger Prüfung jedes Schrittes. Wir haben auch in Baden linksradikale Parteien und Gruppen, die mit dem Schlagwort: „Sofortige Sozialisierung“ die Massen zu erhitzen suchen und die dies dann als „Vorwärts-treiben“ der Revolution bezeichnen. Die Revolution läßt sich aber nicht diktieren, vor Allem nicht auf wirtschaftlichem Gebiete und am allerwenigsten mit Maschinengewehren und Handgranaten. Das beweist Rußland. Dabei sei von den zweifellosen Uebertreibungen der bürgerlichen Presse ganz abgesehen, was braucht sich aber nur auf die Schilderungen

der russischen Delegierten auf dem internationalen Kongreß in Bern und auf die jüngste Schrift Lenins zu stützen, welche letzterer, nachdem die Revolution in Rußland seit 2 Jahren dauert, nach dem blutigen Terror, nach der völligen Vernichtung der kapitalistischen Produktion, zugibt, daß das russische Wirtschaftsleben und die Lebenshaltung des russischen Proletariats einen Tiefstand erreicht hätten, wie nie zuvor. Lenin erklärt jetzt, was er brauche, sei Kapital und Intelligenz und er hegt die Hoffnung, beides von Amerika erhalten zu können.

Wir Deutsche arbeiten zwar langsamer, aber gründlicher. Wir sozialisieren nicht, um etwa der Marx'schen Theorie gerecht zu werden, sondern wir wollen die Grundlagen für ein brauchbares sozialistisches Wirtschaftsleben schaffen und darauf weiterbauen. So sind die in Weimar beschlossenen und noch in Aussicht genommenen Sozialisierungsgeetze für den gesamten Kohlenbergbau, das Kali-gesetz zc., so ist das bei uns in Baden beschlossene Sozialisierungs-gesetz für Energie-wirtschaft (Wasserkräfte, Elektrizität usw.) aufzufassen. Sozialisierung bedeutet keineswegs auch Verstaatlichung, sondern nur Berg-eiell-schaftung. Das ist im wesentlichen auch der neue Rahmen für die Wirksamkeit der Gemeinden und Gemeindeverwaltungen. Un-erläßlich ist dafür politisch die

#### weitgehende Demokratie.

Das volle Selbstverwaltungsrecht der Gemeinden, wie es der § 20 der neuen badischen Verfassung und auf breiterer Grundlage das neue Gemeindegesez vorsehe. Dem Gemeindefozialismus Leben und Gestalt zu geben ist Aufgabe der sozialdemokratischen Gemeindevertreter. Hier ist eine sorgfältige Auswahl der geeigneten Männer und Frauen geboten. Das

#### Frauenwahlrecht

bietet gerade in der Gemeinde eine sehr wertvolle Ergänzung der Männerarbeit. Das Gemeindeparlament ist gewissermaßen die Schule für die politische Bildung und Reifung der Frauen, von da aus werden sie ihren Aufstieg in die Parlamente der Einzelstaaten und des Reichs nehmen. Für die Behandlung wichtiger Zweige der Gemeindeverwaltung wie Armenwesen, Säuglings- und Mutterschutz, Wohnungswesen ist die Frau geradezu vorbestimmt.

In der sozialdemokratischen Gemeindepolitik muß an die Spitze die

#### Schulfrage

gestellt werden. Die Einheit schule ist im Prinzip in der Verfassung festgelegt. Ueber ihr Wesen herrscht aber noch vielfach Unklarheit. Sie ist eigentlich ein System von Schulen, sozusagen die organische Verbindung zwischen Volks-, Mittel- und Hochschulen. Die Grundlage dafür aber ist die Volksschule, von ihr aus geht in der Zukunft die gesamte Volksschule. Ihre Ausgestaltung, um diesem Ziele gerecht zu werden, ist in noch viel größerem Umfange als bisher. Aufgabe der Gemeindeverwaltung und ein reiches Arbeitsfeld für unsere Gemeindevertreter, Lehr- und Lernmittel, Lehrkräfte, Lehrplan, Klassenfrequenz und Schulräume, Schulgesundheitspflege usw. sind von grundlegendster Bedeutung in dieser Hinsicht. Von großer Wichtigkeit ist ferner die Gewerbeschule, der untererleits viel mehr Augenmerk geschenkt werden muß als bisher. Nur 8% derjenigen, welche die Gewerbeschule durchlaufen, werden selbständige Handwerksmeister, 92% aber bilden das Heer der gelerneten Arbeiter in Industrie und Gewerbe. Hierher gehören auch die allgemeinen Volksbildungsbestrebungen, Einführungen in Kunst und Literatur, Bildungscurse, Volkssport, Volksvorträge usw.

#### Ernährungsfrage

ist es notwendig, so viel Lebensmittel als irgend möglich von außen einzuführen, dann bricht die Hamsterwirtschaft und der Schleichhandel von selbst zusammen. Allerdings ist die Bildung der Kommunalverbände wohl die unglücklichste Lösung auf diesem Gebiet gewesen, bestimmend dabei war wohl das Interesse gewisser Gruppen der Bevölkerung. Hier sind groß-zügige Reformen notwendig. Unser

#### Wohnungswesen

ist in der denkbar traurigsten Verfassung. Es sei hier auf das am 15. April von der Nationalversammlung beschlossene Sperr-gesetz besonders hingewiesen, das jeden Haus- und Grundstücksverkauf unter staatliche Kontrolle stellt und ein staatliches Vorkaufsrecht für diese Objekte vorsieht. Das Budgetern mit Häusern und Grundstücken hat in der letzten Zeit einen Umfang genommen, daß ein Eingreifen des Staates direkt notwendig wurde. Hier ist vor allem eine weit-gehende Unterstützung der gemeinnützigen Bau-genossenschaften durch die Gemeinden und eventuell der Bau von Kleinwoh-nungen durch die Gemeinden selbst anzustreben. Hierbei gehört auch die Einrichtung von Wohnungsa-mtern und Nachweisen. Ferner sollte dem Gedanken der mög-lichst scharfen Heranziehung der Zuwächse der Gemeindegemeinschaft als gemeinliche Steuerquelle näher-getreten werden.

#### Redner kommt sodann auf die

#### Almendfrage

zu sprechen, schildert deren Entstehung und Entwicklung als uraltes deutsches Recht und belegt die Bedeutung desselben in Deutschland mit Zahlen. Zweifellos würde es als soziale Einrichtung, in Gemeinden mit starkem Almendbedürfnis, gibt es kein Landarbeiterproletariat und sei es die wirksamste Armenversorgung. Das schließt natürlich nicht aus, daß es in Gemeinden, wo namentlich die industrielle Entwicklung die Zusammenziehung der Bevölkerung starker Veränderung unterworfen habe, ein soziales Unrecht geworden sei, daß in die neue Zeit nicht mehr hineinpaßt. Wöllig falsch sei es dem sozialdemokratischen Standpunkt aus seine Stellungnahme zum Almend etwa dem Gesichtspunkte anzupassen, ob man Wählerstimmen gewinnen oder verlieren könne. Der richtigste Standpunkt sei der, der Anerkennung der gesamt en Gemeinde am Almend. Dahn gehöre auch möglichst starker Gemeindefozialismus an Grund und Boden.

Der Gedanke, für die Gemeinde wichtige Betriebe, wie Gas-, Wasser-, Elektrizitätswerke, Straßenbahnen usw. der privaten Initiative und Nutzung zu überlassen, kann wohl heute als überwinden betrachtet werden, es können aber selbstverständlich auch weitere, zur Kommunalisierung geeig-nete Betriebe in den Besitz der Gemeinde überführt werden, wenn es ihre Interessen erfordern. Bei der zweifellos her-

stehenden Schwächigkeit des Gemeindeverwaltungsapparates ist etwa eine genossenschaftliche Verwaltung solcher Betriebe sehr wohl denkbar und möglich.

Das Submissionswesen ist möglichst ganz zu beseitigen, und andere Wege der Arbeitsvergebung zu suchen, bestimmte Regeln für dieselben aufzustellen. Auf dem Gebiete des gemeindlichen Finanzwesens ist die

#### Beseitigung aller indirekten Gemeindefozialismus

zu verlangen und ungerechte Belastung bei direkten zu ver-hüten. Die Arbeiterfürsorge ist auszubauen, den Gemeindearbeitern sind angemessene Löhne zu bezahlen, der Acht- und entag ist in den Gemeindebetrieben streng durch-zuführen. In geeigneten Fällen sollen sie durch Gemeindefozialismus an den Ueberhörsen der Gemeindebetriebe interessiert werden. Alters- und Hinterbliebenenversicherung, ausreichen-der Unfallschutz, Koalitionsfreiheit und Anerkennung der Or-ganisationen der Arbeiter als deren Interessenvertretungen sind ganz selbstverständliche Forderungen auf diesem Gebiete.

Das Apothekenwesen ist ebenfalls ein Gebiet, dem künftighin mehr Beachtung geschenkt werden müsse; hier schreien die Verhältnisse geradezu nach Abhilfe. Das Privi-legienwesen hat auf diesem Gebiete Zustände geschaffen, die unerträglich geworden sind. Die Schaffung von Ge-meindeapotheken ist ein Gebot der Notwendigkeit. Ähnlich liegen die Dinge beim Arztwesen. Auch hier gab und gibt es Menschen, die mit der Gesundheit ihrer Mitmen-schen förmlich Wucher getrieben haben während des Krieges und nach Beendigung desselben. Auch hier gilt es Mittel und Wege der Abhilfe zu finden. Noch eine ganze Reihe von Gemeindeaufgaben verdient im Rahmen dieses Vortrags behandelt zu werden, doch soll es bei dem Vorgetragenen sein Bewenden haben.

Tebenfalls bilden die Gemeindefozialismus einen außer-ordentlichen Abschnitt im Leben der Gemeinden, ebenso wichtig, wie die Wahlen vom 5. und 19. Januar und verdienen deshalb das gleiche Interesse seitens der sozial-demokratischen Volksteile, als wichtige Grundlage ihres poli-tischen Einflusses.

## Die Gemeindefozialismus.

#### Keinen Kompromiß!

\* Wir brachten kürzlich aus Meßkirch eine Meldung, wonach dort die Parteien eine gemeinsame Wähler-liste eingereicht hätten, nach der das Zentrum 20, die Demo-kraten 14, die Sozialdemokratie 8 Sitze erhalten sollen. Im Gemeindefozialismus sollen das Zentrum durch 5, die Demokraten durch 3 und die Sozialdemokraten durch 2 Mitglieder vertre-tet sein.

Da ähnliche Meldungen über ein gemeinsames Vorgehen der Parteien bei den Gemeindefozialismus auch aus anderen Orten vorliegen, ist es nötig, zu dieser Frage einige prinzipielle Ausführungen zu machen. Und da möchten wir zunächst un-seren Genossen im Lande dringend raten, sich auf solche Kom-promisse und Abhandlungen nicht einzulassen. Wie bei den Reichs- und Landtagswahlen wollen wir auch den Gemeindefozialismus allein führen, ohne irgend welche Rücksichten nach irgend einer Seite hin. Das Wahlrecht ist so beschaffen, daß es nicht notwendig ist, Kompromisse zu schließen. Jede abgegebene Stimme zählt, und es kommt nur darauf an, soviel wie möglich Stimmen herauszuholen. Noch immer war die Situation der Sozialdemokratischen Partei am günstigsten bei Wahlen, wenn sie allein und geschlossen in den Wahlkampf zog. Durch das Proporzwahlverfah-ren ist es auch den Minderheiten möglich, zur Geltung zu kommen. Unter dem alten Wahlrecht mögen solche An-machungen ihre Vorteile gehabt haben; heute haben sie sich überlebt. Es geht keine Stimme verloren und jede Partei wird die Mandatsziffer erreichen, die ihr auf Grund der auf-gebrachten Stimmen zustehen. Eine solche „Lämpfung des Wahlkampfes“, wie es in Meßkirch und an anderen Orten befehrt wird, muß unter allen Umständen vermieden werden. Wir wollen doch auch aufträumen mit der gemeindlichen Mis-wirtschaft, mit den bisherigen Gemeindegewalten, die mit ein so großes Hindernis einer fortschrittlichen Entwicklung und des Auswirkens der Revolution waren. Wir kann das möglich sein, wenn unsere Partei mit ihren Gegnern sich in Abhandlung einläßt? Nein, Genossen, auch für die Gemeindefozialismus muß es heißen: Sie Bürgergen, die Sozialdemokratie! Der Kampf muß aufgeschoben werden in jedem Ort des Landes. Nur der Kampf macht uns groß.

#### Ohne Kampf kein Leben! Ohne Kampf kein Sieg!

#### Die alte Angersichtigkeit.

Stuttgart, 7. Mai. Die Revolution hat dem deutschen Volk das freieste Wahlrecht der Welt gebracht. In den nächsten Wochen müssen wir den letzten Ball durchbrechen. Allenfalls rufen die Parteien. Im Lager der Demokraten ist man sich, wie scheint, in die Haare gekommen, von den Demokraten sind Anhänger ab-gesprengt zur Bürgervereinigung, jenem Gebilde, das vom Zen-trum gefordert wurde. Der Gehalt dieser Demokraten ist kein Wort hinzuzufügen. Vom Zentrum wissen wir weniger, nur brachte der „Landmann“ in Nr. 103 eine Notiz, die er vom „Reobachter“ übernahm des Inhalts, daß die Sozialdemokraten nie viel Glück haben bei den Gemeindefozialismus. Unter dem jetzigen Wahlrecht wird wohl das Bild anders werden. Um aber zu zei-gen, wie groß, wie gemein das Massenwahlrecht wirkte, bringen wir folgende Aufstellung:

Bei den Bürgervereinigungen im Jahre 1912 erhielten: Bürgervereinigung 188-191 Stimmen, 11 Kandidaten; Fort-schrittler 172-174 Stimmen, 12 Kandidaten; Zentrum 363-364 Stimmen, 28 Kandidaten; Sozialdemokraten 100-101 Stimmen, 9 Kandidaten; Liberale 135-138 Stimmen, 12 Kandidaten, Zu-sammen 72 Kandidaten.

Es erhielten Gemeindefozialismus: Bürgervereinigung 2; Fortschritt-ler 2; Zentrum 4; Sozialdemokraten —; Liberale 2, Zusammen 10.

Die Sozialdemokraten haben als zweifelhafte Partei nur 9 Bürgervereinigungsmitglieder und keinen Sitz im Gemeindefozialismus. Empörender konnte ein Massenwahlrecht im Klassenstaat nicht illustriert werden. Bei ein Hauch wurde dieser alle Bürger hin-weggefegt. Und mit Recht! Behauptungen aufzustellen, wie die Wahlen ausfallen, wäre verfrucht. Aber jodelt ist sicher, zum alten Mandatsstand würde das Zentrum wohl nicht mehr reichen. Und im Kreise stehen, dazu haben wir keine Veranlassung. Wir geben mit frohem Mut in den Wahlkampf. Genossen! Auf zur Arbeit und der Erfolg wird nicht ausbleiben.

Baden-Baden, 7. Mai. Der Wahlkampf für die Gemeindefozialismus in hiesiger Stadt ist von unserer Partei nunmehr ein-geleitet worden. Am letzten Samstag sprach Gen. Müller in West in Nächstental vor überfülltem Saal. Im Laufe de-

Woche werden weitere Versammlungen in der Altstadt und Altstadt stattfinden, in denen der Wählerhaushalt Gelesenheit gegeben sein wird, zu unserer Gemeindepolitik Stellung zu nehmen. Sei jeder Genosse besorgt, daß der Versammlungsbesuch ein guter wird. Auch Frauenversammlungen werden stattfinden, und zwar spricht am kommenden Donnerstag Genossin Eisinger im „Waldreit“ über die Frau in der Gemeindepolitik. Der Termin der weiteren Versammlungen wird noch bekannt gegeben.

### Baden.

#### Stellenbesetzung im Eisenbahndienst.

Aus Eisenbahnbeamtenkreisen schreibt man uns: Die bevorstehende Zurücksetzung von Beamten, die das 3. Lebensjahr erreicht haben, macht nicht nur diesem abzunehmenden Beamten Kopfzerbrechen, sondern auch denen, die auf dem Sprünge stehen, in diese schwerbesetzten Stellen einzurücken. Es sollen sich bereits Bewerber in Massen gemeldet haben. Natürlich können sich nur die Beamten melden, denen durch die sog. „Ganginzipianten“ der Generaldirektion bekannt geworden ist, daß diese oder jene Stelle frei wird. Nach dem bisherigen Verfahren wurde dann einer dieser Bevorzugten bestimmt und diejenigen, denen eben die alte Verbindung fehlte, erfuhren dann erst nach vollzogener Tatsache, daß eine Aufstellungsmöglichkeit vorhanden war. Auf ihre Anträge, warum sie übergegangen worden sind, wird ihnen dann entgegengehalten: „Ja, Sie haben sich doch nicht um die Stelle beworben.“

Mit dieser Art „Vetterlezwirtschaft“ muß gründlich aufgeräumt werden. Die freiverwendenden Stellen müssen im Nachrichtenblatt oder sonstwie rechtzeitig allen Beamten bekannt gegeben und der Meldungsfrist bezeichnet werden. Im Benehmen mit dem B. A. B. muß sodann der Fähigkeit, ohne jede andere Rücksicht, unter den Bewerbern mit der Verleihung des betreffenden Postens betraut werden. Das allein ist der Weg des Rechts und Gerechtigkeit.

#### Beamte und Sozialdemokratie.

Von einem Lehrer wird uns geschrieben: Die Nachricht, wonach die Fraktion der sozialdemokratischen Partei einen Antrag beim Unterrichtsministerium eingebracht hat, daß der Vollzug über die Verordnung, die Schulbeiräte betreffen, hinausgeschoben werden und eine allgemeine beamtetenpolitische Regelung erfolgen soll, hat in den Kreisen der fortschrittlichen Beamtenschaft und in der überwiegenden Masse der Lehrerschaft ohne Zweifel tiefe Befriedigung ausgelöst. Insbesondere in den Kreisen der Lehrer wird man dies begrüßen, denn wir Lehrer wollen keine Ausnahmestellung, sondern wir wollen mit den Beamten zusammen unsere Koalitionsrechte ausbauen und vom Staat anerkannt sehen. Wir Lehrer begrüßen deshalb den Antrag der sozialdemokratischen Fraktion als den einzig möglichen und gerechten Weg, auf dem die Frage der Schulbeiräte gelöst werden kann. Mit den Beamten zusammen! Wir Lehrer haben lange genug unter dem System der Ausnahmestellung gelitten, und es ist merkwürdig, daß gerade der Vater der Schulbeiräte, der einst der Hauptkämpfer gegen die Ausnahmestellung der Lehrerschaft war, nun derjenige ist, der gegen seine ganze schulpolitische Vergangenheit gehandelt hat! Das wäre nicht so gekommen, wenn man zuvor die Lehrerschaft gehört hätte. Möge man daraus eine Lehre ziehen und sich nicht etwa damit begnügen, daß man für die beamtetenpolitische Regelung dieser Angelegenheit nur etwa den Gehörerspruch hört, der durch seine Eingabe, in welcher er die Verordnung über die Schulbeiräte als vorbildlich hinstellt, sich hinreichend verdächtig gemacht hat, in gewissem autokratischen Fahrwasser zu schwimmen! Ueber dieses Eintreten des „Zehnerausschusses“ für die Schulbeiräte wird man vielleicht recht, nachdem man die großartige Protestbewegung in der Lehrerschaft erlebt hat, etwas anders denken, wenigstens bei neuen unter den zehn hundert! Diese wichtige Frage kann nur gelöst werden, wenn rechtzeitig, also vorher die gesamte Beamtenschaft in der demokratischsten Weise gehört worden ist. Das sollte allerdings recht bald geschehen, denn nur dadurch wird die große Unzufriedenheit in der Beamtenschaft gedämmt, die in standespolitischer Beziehung mit Recht vorhanden ist. Beamte und Lehrer haben sich rückhaltlos hinter die Volkserhebung gestellt, weil sie von ihr die unbedingte Anerkennung ihrer Koalitionsrechte erwarteten. Aber bis heute ist in dieser Richtung so gut wie nichts geschehen, trotzdem es keinen Mißstand gab. Der Antrag der sozialdemokratischen Fraktion zeigt aber den Beamten und Lehrern noch ein zweites. So wie schon einmal die Sozialdemokratie war, welche eingetreten ist für die unbedingte Koalitionsfreiheit der Beamten, so hat sie dies auch hier wieder bewiesen, indem sie eine Ueberwindung der Schulbeirätefrage verlangt. Und dies, trotzdem sicherlich hier für die Partei erschwerende Umstände vorliegen, aber sie hat es um der Sache willen getan, um der Freiheit der Beamtenschaft willen. Darum können alle Beamten und Lehrer auf neue erkennen, wo ihre standespolitischen Interessen am besten vertreten werden. Allen von der Sozialdemokratie sind die Koalitionsrechte der Beamten von jeher grundsätzlich verlangt worden. Darum, Beamte und Lehrer, hier ist eure parteipolitische Pflicht, hier gehört ihr hin, hier werden eure Interessen richtig vertreten. Darum hinein in die Sozialdemokratie!

**Neue Eingänge im bad. Landtag.** Dem badischen Landtag sind diese neue Eingänge in der letzten Zeit zugegangen, darunter auch die Bitte einer Anzahl von badischen, zum Seeresdienst eingezogen gewesenen Beamten, denen die einmalige Teuerungszulage vom September 1918 gewährt werden soll. Der Reichsausschuss für akademische Verhältnisse hat eine Bitte über den Ausschluss weiblicher Studierender vom Studium an der Universität Heidelberg eingereicht und der Verein badischer Handelslehrer ersucht, der Landtag möge seine in einer Denkschrift niedergelegten Wünsche bezüglich Beschäftigungsmöglichkeiten, dienstliche Stellung und Ausbildung berücksichtigen. Eine weitere Bitte ist eingereicht vom Bezirksverein Baden im deutschen Fleischerverband, der sich gegen die Kommunalisierung der Lebensmittelverteilung wendet und schließlich liegt noch eine Reihe Bitten von Einzelpersonen vor, die persönliche Wünsche vortragen.

**Freifahrt der Arbeiter während der wirtschaftlichen Demobilisation.** Während der wirtschaftlichen Demobilisation erhalten Arbeitnehmer, die gemäß § 13 der Verordnung des Reichsministeriums für wirtschaftliche Demobilisation vom

28. März 1919 über die Freimachung von Arbeitsstellen in den ersten 7 Tagen nach ihrer auf Grund dieser Verordnung erfolgenden Entlassung nach ihrem Heimatort fahren, für ihre Person, gegebenenfalls für ihre Familie freie Beförderung bei Vorlage des polizeilichen Abmeldebescheins und einer Bescheinigung des Arbeitgebers über den Zeitpunkt und den rechtlichen Grund ihrer Entlassung. Die Beförderung erfolgt aufgrund von Fahrtausweisen, die von den Ortspolizeibehörden nach besonderem Muster ausgefertigt werden.

**Die weitere Arbeit des Verfassungsausschusses.** Der Verfassungsausschuss des badischen Landtags hielt gestern Abend eine Sitzung ab, in der er darüber Bescheid nahm, ob er nach Annahme der Verfassung noch weiter zu beschließen habe. Diese Frage wurde bejaht und es wurden die Gegenstände bezeichnet, die man weiterhin durch den Ausschuss behandeln lassen wolle, darunter das Wahlgesetz, eine später notwendig werdende Durcharbeitung der Verfassung, um sie mit der Reichsverfassung in Einklang zu bringen, die Neubearbeitung des Kirchen- und des Schulgesetzes und die Gesetzgebung betreffend die Stammgüter und die Landesberufungen. Die Sozialdemokratie, die bisher den Vorsitz des Ausschusses inne hatte, erklärte, keinen Wert mehr darauf zu legen, da jetzt der Haushaltsausschuss die wichtigste Kommission sei. Infolgedessen fiel der Vorsitz der Deutschen Demokratischen Partei zu, die dafür den Abg. Dr. Glöckner präferierte. Vorsitzender des Haushaltsausschusses wird Abg. Marum werden. Die nächste Sitzung des Verfassungsausschusses findet am Donnerstag statt. Sie wird sich mit der Sozialisierung der Landesbehörden befassen.

**Erwerbungs der Zwangsvollstreckung.** Das bad. Justizministerium hat einen Erlass herausgegeben, in welchem die bisherigen Verfügungen über die Zwangsvollstreckung wegen öffentlich-rechtlicher Forderungen geändert werden. Nach der Neuregelung hat der Gerichtsvollzieher wohl den Wändungsantrag ungekümmert zu eröffnen, er kann aber mit der Vollziehung der Wändung noch längstens 7 Tage warten, wenn nach seiner Kenntnis der Verhältnisse zu erwarten ist, daß der Pflichtige innerhalb dieser Frist die Zahlung nachholen wird. Als Frist innerhalb deren die Zahlung nachgeholt werden muß, widrigenfalls zur Vollstreckung geschritten wird, dürfen dem Schuldner höchstens 3 Tage gewährt werden; die Frist ist genau zu bestimmen. Trifft der Gerichtsvollzieher den Schuldner nicht selbst an, so hat er für ihn einen Beittel zu hinterlassen, auf dem die Wändungsöffnung und die dem Schuldner bis zur Vornahme der Vollstreckung noch gewährte Frist zur Nachholung der Zahlung zu vermerken ist.

**Die Gastwirte und die Auskäuferpreise für Bier.** In Mitgliederbesprechungen des Verbandes badischer Gastwirte war Klage darüber geäußert worden, daß die Regierung bei der Festlegung der Auskäuferpreise für Bier ausschließlich nur für die Brauereien gesorgt und die Interessen der Wirte verletzt habe. In der „Karlsruher Zeitung“ weist die Regierung nun darauf hin, daß dies nicht der Fall ist, daß zum Beispiel die Auskäuferpreise für Bier in Baden höher sind, als in Württemberg, und daß die den Gastwirten in Baden zurechnbare Spannung zwischen den Hersteller- und Auskäuferpreisen höher ist als in Württemberg.

**Die Selbstverwaltung der Schüler.** Das Unterrichtsministerium hat bei den Direktoren der höheren Schulen eine Umfrage veranstaltet, welche Einrichtungen mit der Selbstverwaltung der Schüler, Schulgemeinden u. ähnlichen Einrichtungen gemacht wurden. Diese Umfrage wird gleichzeitig Arbeit darüber schaffen, ob ein Bedürfnis besteht, derartige Einrichtungen allgemein einzuführen. Ein Erlass, der diese Frage regelt, wird vorbereitet.

**Ausbau der Mietwohnungsangelegenheit.** In einer Sitzung im Ministerium des Innern abgehaltenen Besprechung über verschiedene Wohnungsfragen wurde ein weiterer Ausbau der Mietwohnungsangelegenheit gefordert und dabei u. a. verlangt, daß die von den Mietwohnungsämtern erlassenen Entscheidungen, ebenso wie die Vergleichs, vollstreckbar werden müssen. Ferner sollen Mängelurteile nur dann vollstreckbar werden, wenn dem Gerichtsvollzieher der Nachweis erbracht ist, daß der von der Mängelung betroffene Mieter anderweit durch die Wohnungsmiete eine Wohnung zuweilen erhalten hat. Im weiteren Verlauf der Sitzung wurde die Gewährung von Aufschubbewilligungen erörtert und die möglichst baldige Erstellung eines Wohnungsfürsorgegesetzes anregt. Auch die Annapfandnahme von Notaren wurde erörtert und hierbei ein energischer Vorschlag der Militär- wie der Regierungsbefehle verlangt.

**Beamtenforderungen.** Die im badischen Eisenbahnerverbande organisierten unteren Eisenbahnbeamten stellen vor kurzem ihre Forderungen an die Landesverwaltung ab. Geleitet wurde sie von Herrn Wagner. Als Landesvertreter der unteren Beamten im badischen Eisenbahnerverbande wurde Fahrleitermeister Friedrich-Rakaus, als dessen Stellvertreter Betriebsführer Geißler-Mannheim, gewählt. In eine Entscheidung wurden folgende Forderungen erhoben: Den Beamten soll mit Wirkung vom 1. März 1919 eine als pensionsfähiges Dienstentgelt geltende Ausgleitszulage zum Ausgleich zwischen den ungenügenden Gehältern und der verteuerten Lebenshaltung unter Mitbestimmung der Beamtenvertretungen gegeben werden. Die Bildung von Beamtenkammern und Beamtenauschüssen soll ermöglicht werden. Die für die Unterbringung der Militärwärter geltenden Bundesratsbestimmungen sollen dahin abgeändert werden, daß im Eisenbahnbetrieb nicht mehr als 50 v. H. der Beamtenstellen den Militärwärtern vorbehalten bleiben. Die vom ehemaligen Reichsland zu übernehmenden Beamten sollen auf alle Staaten der deutschen Republik im Verhältnis zu der Länge der Bahnen verteilt werden.

**Ettlingen, 8. Mai.** Die der „Badische Landmann“ m'ltl. haben sich im Bezirke die Kuhhaller zusammengetan, um bei den Bezirksrats- und Kreiswahlen eigene Kandidaten anzustellen.

**Rehlat, 6. Mai.** Für eine Gartenfiedlung von 62 Häusern war ein Wettbewerb ausgeschrieben worden, aus dem die Entwürfe der Architekten Hermann und Max Koch als beste Arbeit zur Ausführung angenommen wurden. Die Bauarbeiten werden noch dieses Jahr in Angriff genommen sein.

**Baden-Baden, 8. Mai.** Die hier lebende Dichterin Alberta v. Puttkammer wurde aus Anlaß ihres 70. Geburtstages von ihrer Vaterstadt Glogau zur Ehrenbürgerin ernannt.

**Offenburg, 7. Mai.** Nach der Meinung der Landwirte hat die Kirchengeldsteuer nicht so sehr gelitten, wie anfänglich angenommen worden ist. Die frühen und großfruchtigen Sorten sind allerdings vollständig erfroren. Besser sind die kleinfruchtigen Sorten durchgekommen, bei ihnen ist das Meiste noch gut. Am besten steht die Nig-Kirche, die jetzt erst zu blühen beginnt. Auch die Birnen stehen besser, als man zuerst annahm. Die Blüten der Zwetsgen, Mirabellen und Pfefrüchte stehen gleichfalls gut.

**Neustadt bei Bülz, 6. Mai.** Am Samstag wurde der Turm der hiesigen Kirche von Bionieren gesprengt, da die Kirche für unser Dorf zu klein wurde und einem Neubau weichen muß.

**Wibetach, 1. u. 6. Mai.** Ein 48 Jahre alter Familienvater, der mit seiner Frau und seinen 5 Kindern aus dem Eschlag aus-

wies wurde, hat sich aus Verzweiflung über sein Schicksal erhängt.

**Badisch-Rheinfelden, 8. Mai.** Zu der Verhaftung der Frau A. Kreuz wird jetzt berichtet, daß sowohl sie wie die beiden Brüder Gerhard und Otto Weber die ihnen zur Last gelegte Mordtat unumwunden eingestanden haben. Nach ihrer eigenen Schilderung war die Ermordung des Chemikers der Frau Kreuz von langer Hand vorbereitet und planmäßig ausgeführt worden.

**Schwellingen, 8. Mai.** Am Sonntag wurden hier die ersten Spargeln verkauft und zwar zu 3 bis 4 M. In Heidelberg wurden sogar 4 M. für minderwertige Ware bezahlt.

**Neulussheim, bei Schwellingen, 9. Mai.** Zu diversen Ausschreitungen kam es gestern vormittag, als die Gendarmei im Auftrage der Staatsanwaltschaft bei heiligen Familien Hausjuchungen abgehalten und dabei eine große Menge Tabak beschlagnahmt hatte, deren rechtmäßiger Erwerb in Frage stand. Als bald rottete sich eine Schar von 200 bis 300 jungen Burtschen, Männern und Frauen zusammen, welche die Beamten aufs größtmögliche beschäftigte, die beschlagnahmten Tabakmengen zurücknahmen und die Freilassung eines festgenommenen erzwang. Da viele Burtschen und Männer unter den Köden Schußwaffen verborgen hielten, machte die Gendarmei von ihrer Waffe keinen Gebrauch. Wie das „Heidelberger Tageblatt“ berichtet, tat der Bürgermeister nichts, um die Beamten zu unterstützen und die aufgeregte Menge zu beruhigen.

**Schnellzugverkehr zwischen Mannheim und Berlin.** Die Schnellzüge D 87 und 88 mit Schlafwagen und 1.-3. Klasse verkehren zwischen Mannheim und Berlin wieder regelmäßig. D 87 Mannheim ab 8,05 nachm., Berlin an 12,09 nachm., D 88 Berlin ab 4,25 nachm., Mannheim an 9,02 vormittags.

**n. Unglaublich aber wahr ist es, wie man uns schreibt, daß die bad. Volkregierung für die Kinder, die in der Rettungsanstalt Göttingen sich befinden, pro Kopf und Tag fünf und sechsechzig Pfennig bezahle. Die Frau und die Kinder sind in der Anstalt untergebracht, die Kosten der Unterhaltung sind auf die Kosten der Eltern zu übertragen. Auf der einen Seite hat man für tausend andere Dinge Millionen übrig, schöpft aus dem Vollen, als ob die Kassen bis zum Rande voll wären, und auf der anderen Seite überläßt man die „lieben Kleinen“ der göttlichen Fürsorge. Auch die Gehälter der Beamten sind bemerksenswert. Eine Nachprüfung und Revision dieser durchaus ungenügenden Sätze ist dringend vonnöten.**

#### Die Ettlinger Lebensmittelnot.

Der vom Volksrat Ettlingen wird uns geschrieben: Seit Monaten befaßt sich der Volksrat Ettlingen mit dem traurigen Kapitel der Lebensmittelversorgung unserer Stadt. Wiederholte Proteste an alle in Betracht kommenden Instanzen wurden unternommen, um eine Besserung unserer tieftraurigen Ernährungsangelegenheit herbeizuführen. Vor allem leidet unsere Bevölkerung unter der herrschenden Fett-, Fleisch- und Milchnot. Es sollte unbedingt eine Verteilung stattfinden. Auf einen am 23. April geäußerten Protest des Volksrats Ettlingen, an die Regierung erhielt er die Antwort, daß der Bezirk Ettlingen nach den für das ganze Reichsgebiet geltenden einheitlichen Grundregeln eigentlich zum Großviehhütergebiet gehört und ausnahmsweise anstatt mit 90 Stück nur mit 50 Stück zur Verteilung der Bedarfsgüter herangezogen werde. Wenn der Bezirk Ettlingen dieser Lieferpflicht nicht nachkommt, würde sich die Regierung genötigt sehen, den Bezirk Ettlingen vom Bezug ausländischer Lebensmittel auszuschließen.

Man sieht also die Folgen des Scheiterns des Handels und der Schwärzschlächtereien machen sich immer fühlbarer. Der Volksrat hat in der Bekämpfung dieses Übels stets seine Pflicht getan. Wir möchten doch der Regierung anheimgeben, nicht die falschen „rechnerischen Ergebnisse“ als Maßstab anzulegen, sondern die realen Tatsachen gelten zu lassen, denn die Arbeiterklasse kann doch nichts dafür, daß die Vauern ihr Vieh im Scheitern des Reichs den Reichs zugänglich machen, während die arbeitende Bevölkerungsjüchert.

### Gewerkschaftliches.

#### Beginn der Verhandlungen über den Reichstarif für das Versicherungsweien.

Die Vorverhandlungen über den Reichstarif für das private Versicherungsweien begannen am 25. 1. M. in Berlin zwischen dem Arbeitgeberverband der deutschen Versicherungsunternehmen und den faktellierten Angestelltenverbänden: Verband der deutschen Versicherungsbeamten, Zentralverband der Handlungsgehilfen und Verband der Büroangestellten. Die Verhandlung zum Abschluß eines solchen Tarifvertrages nach Auslösung des Kriegszustandes übernahm der Arbeitgeberverband gegenüber dem Verband der deutschen Versicherungsbeamten nach längerem Meinungsaustausch bereits im Herbst 1918. In der Urteilsfrage wurde schon wegen der heranahenden Verkaufszeit eine Einigung erzielt. Außer dem allgemeinen Erholungsurlaub des einzelnen Angestellten ist die Urlaubsgewährung für die Teilnahme der Angestellten an den Tagungen ihrer Berufsorganisation und an Tarifkommissionen festgelegt worden. In den nächsten Tagen werden ausführende Bestimmungen zur gleichberechtigten Mitwirkung der Angestelltenausschüsse, die grundsätzlich bereits festliegen, sowie eine Einigung über die Arbeitszeit behandelt werden. Mitte Mai werden die endgültigen Verhandlungen über den Reichstarif unter Mitwirkung der Vertreter der Angestellten und Unternehmungen im gesamten Reich beginnen. Die Verhandlungen sollen so rechtzeitig zum Abschluß kommen, daß noch im Laufe des Monats Mai der Tarif fertiggestellt ist. Der Verband der deutschen Versicherungsbeamten betont, daß es im Interesse des Wirtschaftszweigs und der ungeschmten Arbeit im Versicherungsgewerbe liegt, wenn der soziale und volkswirtschaftliche Fortschritt, den der Reichstarif darstellt, sofort zum Abschluß kommt. Der Reichstarif ist bereits durch eine Reihe örtlicher zwischenzeitlicher Tarife vorbereitet worden.

**s. Durlach, 8. Mai.** Die am verfloffenen Freitag in der „Karlsruher“ abgehaltene Mitgliederversammlung des Rentnerverbandes der Handlungsgehilfen erfreute sich eines guten Besuchs. Nach der erfreulichen Mitteilung des Vorsitzenden, daß die hiesige Ortsgruppe mit nunmehr 134 Mitgliedern wohl der stärkste Angestelltenverband am hiesigen Platz sein dürfte, hielt Kollege Oberle eine sehr interessante und wohlüberdachten Vortrag über die Eigenart der verschiedenen kaufmännischen Angestelltenverbände und über die Wege, die sie zur Erreichung ihrer Ziele einschlagen. Die nach dem vorzüglichen Referat eingeleitete außerordentlich rege Diskussion bewies, mit welchem Interesse die Mitglieder die brennendsten Tagesfragen der kaufm. Angestellten verfolgen. Man war sich darüber einig, daß der B. A. B. d. S. der von jeher die einzige freigewerkschaftliche Organisation war und eine „Neuorientierung“ nicht nötig hatte, insofern seiner zielstrengen konsequenten Haltung diejenige Organisation sei, die geeignet ist, die Interessen der Handelsangestellten zweckmäßig und erfolgreich zu vertreten. Die allerorts stattgefundenen überaus starke Mitgliederzunahme bestätigt diese Auffassung. Für die aber noch nicht organisierten Kollegen und Kolleginnen gilt der Ruf: Tretet heraus aus Eurer Isolation durch nicht mehr begründete und berechtigte Reserve und tretet alle dem B. A. B. d. S. bei. — Der Organisation noch fernstehenden Handelsangestellten und Versicherungsbeamten eingeladen sind.

# Wähler heraus! Wählerinnen und Wähler der arbeitenden Stände! Besucht zahlreich die heute Freitag abend 8 Uhr im „Friedrichshof“ stattfindende öffentl. Versammlung.

Stadtrat Sauer und Arbeitersekretär Prull sprechen über „Sozialdemokratie und Gemeindevahlen“.

## Aus der Partei.

**5. Ruffheim, 4. Mai.** Trotz Sturm und Regen ließ es sich die fleißigen Arbeiter nicht nehmen, ihr Kaiserfeierprogramm zur Durchführung zu bringen. Punkt 1 Uhr nachmittags trafen sich die Genossen von Ruffheim und Riedelsheim an der Waldmühle, von wo sich der Zug mit Musik voran nach dem Vereinslokale Gasthaus zur „Krone“ begab, um später dann durch das Dorf in geschlossener Aufmarschlinie nach dem Langgasse wurde am Rathaus Aufstellung genommen, in kurzen feurigen Worten gedachte Genosse Ernst aus Riedelsheim der Bedeutung des Tages; er schloß mit einem dreifachen Hoch auf die Internationale. Abschluß ging es nach Riedelsheim, wo das Fest seinen würdigen Abschluß fand.

Ein Wort muß noch zu dem häßlichen Verhalten verschiedener hiesiger Bürger und Bürgerinnen gesagt werden. Wir sind keine Metzger, die nur „fressen, saufen und nichts schaffen wollen“, wie es gewisse Leute auszudrücken belieben; wir sind ehrlich denkende und überzeugte Arbeiter und Sozialdemokraten. Und es ist doch erbärmlich, daß gerade diejenigen Leute in Ruffheim, die soviel in die Kirche springen, lange nicht die fleißigsten und besten sind. Auch von gewissen Arbeitern hätte man erwarten dürfen, daß sie sich am 1. Mai in die Reihen ihrer Klassen Genossen gestellt hätten, wie es ihre Pflicht gewesen wäre. In diesem Jahre war es doch noch mit keinem „Nischi“ verbunden.

**Darmstadt, 7. Mai.** Samstag, 10. Mai, abends 7 Uhr, findet im Gasthaus zur „Krone“ Parteiverammlung statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist pünktliches, sowie vollständiges Erscheinen aller Parteigenossen dringend notwendig. — Sonntag den 11. Mai, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zum „Lamm“ eine öffentliche Wählerversammlung statt, in welcher Genosse Abgeordneter und Gemeinderat Kurz us Gröningen über die bevorstehenden Gemeindevahlen sprechen wird. Und damit treten wir in den Wahlkampf zu unseren Gemeindevahlen ein. Parteigenossen! Sorgt auch da für einen Massenbesuch. — Die Bezirks- und Kreiswahlen haben durch einen Kompromiß ihre Erledigung für uns gefunden. Soweit wird Darmstadt durch Genosse Franz Schäfer im Bezirksrat vertreten sein.

**1. Naßtal, 8. Mai.** Straßenmeister Dien, der bisherige Vorstand unserer Partei in Naßtal, wurde nach Festsetzen als Straßenmeister berufen. Die hiesige Partei verliert in dem Genossen Dien einen tapferen Kampfer, der stets wacker für unsere große Sache gekämpft hat.

**Waldheim, 6. Mai.** Die nächste Parteiverammlung findet am kommenden Montag statt. Da viele Wählerarbeit zu verrichten ist, werden die Genossen gebeten, recht zahlreich zu erscheinen. Es wird zudem die letzte Versammlung vor den Wahlen sein und deshalb die endgültige Einteilung zur Wählerarbeit stattfinden.

**Unterwiesheim, 7. Mai.** Am Samstag, 10. Mai, abends 8 Uhr, findet im Gasthaus zum „Schwanen“ die monatliche Mitgliederversammlung der sozialdemokratischen Partei statt. Wegen Wichtigkeit der Tagesordnung ist es Pflicht jedes Parteimitgliedes, in der Versammlung zu erscheinen. Auch werden die Mitglieder gebeten, pünktlich zu erscheinen.

**Unterwiesheim, 7. Mai.** Am Sonntag, 11. Mai, hält die sozialdemokratische Partei eine öffentliche Wählerversammlung ab. Das Referat hat der aus hiesigem Orte stammende Genosse Bernhart Böhle übernommen. Es ist Ehrenpflicht der hiesigen Genossen, daß der Satz zur „Krone“ bis Sonntag nachmittags 1/2 Uhr überläßt ist, um unserem Landsmann auch den Willkommensdank zu bringen für die glückliche Befreiung aus den Händen der Franzosen. Auch seien von dieser Stelle aus die Genossen ermahnt, für die Gemeindevahlen so zu agitieren, und zu arbeiten, daß sie zu unseren Gunsten ausfallen. Agitationsloft hat es am hiesigen Orte übergenug.

**Heidelheim, 8. Mai.** Morgen, Samstag, abends 1/2 Uhr, findet im „Ladischen Hof“ Mitgliederversammlung statt. Das Erscheinen aller Genossen ist dringend nötig.

Genosse Anton Weismann ist nunmehr aus der Redaktion der Freiburger „Volkswacht“ ausgeschieden und hat bereits seine neue Stellung in der Presseabteilung der badischen Regierung angetreten. Seine Arbeit für die Parteipresse, der er fast ein Vierteljahrhundert seine besten Kräfte gewidmet hat, ist damit zu einem gewissen Abschluß gelangt. Wir wissen, so schreibt die „Volkswacht“, daß er die Tätigkeit als Redakteur der sozialdemokratischen Parteipresse nicht letzten Herzens aufgab. Sie war ihm lieb geworden und bereitete ihm trotz aller Schwierigkeiten, die ein Parteiredakteur in Kauf nehmen muß, hohe innere Befriedigung. Wenn er sich zur Aufgabe seiner bisherigen Stellung entschließen hat, so mag ihn zum Teil das wohlverdiente Verlangen hierzu veranlaßt haben, nach jahrelangen aufreibenden Kämpfen seine journalistischen Kräfte, die auch außerhalb der Sozialdemokratie hoch geschätzt sind, in ruhigerer, weniger von den Nebenbeschäften des politischen Tageskampfes aufwendeter Arbeit auswirken zu lassen. Schon neulich stellte die „Volkswacht“ fest, welche großen Ver-

dienst dem scheidenden Genossen Weismann, vor allem auch um das Emporblühen des „Volkswacht“-Unternehmens zukommt. Das sei heute nochmals unterstrichen. Weiter bemerkt die Redaktion unseres Freiburger Parteiblattes: Als Kollegen gereicht es uns noch zur besonderen Freude, feststellen zu können, daß die dem organisierten Arbeiter anerzogene Pflicht zur Solidarität in dem Genossen Weismann starke Ausprägung gefunden hat. Solidarität zu üben auch dort, wo dies nicht zu den Annehmlichkeiten gehörte, war ihm eine selbstverständliche Sache. Daraus resultierte auch der Geist der Kameradschaftlichkeit und der Verantwortlichkeit, der die Zusammenarbeit in der Redaktion beehrte. Meinungsverschiedenheiten über tatsächliche und prinzipielle Fragen konnten das harmonische Zusammenwirken nie ernstlich trüben. Wir bedauern aus diesen Gründen ganz besonders den Weggang des hochgeschätzten Kollegen.

## Arbeiter-Sportbewegung.

**Schwimmport.** Die Freie Turnerschaft Karlsruhe hatte bereits in früheren Jahren Schwimmabende für ihre Mitglieder eingerichtet, in deren Kenntnis, daß der Schwimmport neben dem Turnen eine wesentliche Ergänzung zur allgemeinen Gesundheitspflege darstellt. Mit Freude werden es deshalb die Teilnehmer der früheren Schwimmabende und alle anderen Mitglieder des Vereins vernehmen, daß die Stadt in entgegenkommender Weise das städtische Bierordbuch, vorläufig an einem, später an zwei Abenden in der Woche zu mäßigen Preisen zur Verfügung gestellt hat. Mit Eröffnung des Schwimm- und Sommerbades am Elektrizitätswerk wird dem Verein außerdem noch ein weiterer Abend eingeräumt werden. Die Schwimmabende werden unter sachverständiger Leitung stehen und wird auch den des Schwimmens unkundigen Mitgliedern Gelegenheit geboten werden, dasselbe zu erlernen. Der erste Schwimmabend findet am nächsten Montag, den 12. Mai, abends Punkt 1/2 Uhr im städt. Bierordbuch statt und ist zu hoffen, daß sich recht viele alte und junge Turner im massen Element finden. W.

**1. Naßtal, 5. Mai.** In der am 3. 5. 19 abgehaltenen Mitgliederversammlung der Freien Turnerschaft wurde als Schriftführer der Gen. Hörle gewählt. Der Kassier Geiger erstattete sodann den Bericht über das 1. Quartal 1919, aus dem ersichtlich wurde ein ziemlich guter Stand der Kasse zu ersehen war. Der Vorstand Neßler gab darauf einen ausführlichen Bericht über die Vereinsverhältnisse in Aue bei Durlach. Anbelegend ist es, daß die Politik von den Sportvereinen vollständig ferngehalten wird. Es erfolgte dann die Wahl eines Delegierten zum Kreisrat, der am 18. Mai in Karlsruhe abgehalten wird. Da an diesem Tage die Gemeindevahlen stattfinden und deshalb keiner der maßgebenden Genossen abstimmen kann, wurde der jugendliche Turngenosse Wadepoll gewählt.

## Kommunalpolitik.

### Voranschlagsberatung in Bruchsal.

**a. Bruchsal, 2. Mai.** Die Voranschlagsberatung, sowie eine Reihe weiterer Tagesordnungspunkte wurden am Montag nachmittags in einer Versammlung erledigt. Anwesend waren 60 Mitglieder. Als 1. Punkt der Tagesordnung wurde die Elektrizitätsversorgung der Stadt Bruchsal erörtert. Mit einem Kostenaufwand von 750 000 M soll in nächster Zeit mit der Anlage des Stromverteilungsnetzes begonnen werden, so daß bis zum Spätherbst die Stadt mit Licht und Kraft versehen werden kann. Die Vorlage fand einstimmig Annahme. — Als 2. Punkt stand die Aufbahrung des Leichens zur Beratung. Bei zweifelhafte Aufbahrung dieser Leiche rechnet man auf eine Einnahme von 15 000 M pro Jahr. Die Erträge dieser Steuer sollen ausschließlich für lokale Einrichtungen verwendet werden. Von unserer Seite sprach Gen. Herzig, der darauf hervorhob, daß in vier Tagen 1335 Personen das Kino besuchen, die Stadt möge die Sache im Auge behalten und sehen, ob das Kino sich nicht kommunalisieren lasse. Die Vorlage wurde einstimmig angenommen. — Der 3. Punkt der Tagesordnung erfordert 123 000 M zur Erstellung eines Wohngebäudes auf dem früheren Schwannengarten. Mit dieser Vorlage, die einstimmig Annahme fand, dürfte endlich einmal an jener Ecke ein schöneres Bild sich entwickeln, was auch im Interesse des Stadtbildes von Vorteil sein dürfte. — Die Verwendung der Sparfaiszenüberträge wurde gutgeheißen.

Die nun folgende Voranschlagsberatung nahm längere Zeit in Anspruch. An der Generaldebatte beteiligten sich die Herren Kaiser und Wigel, von unserer Seite sprach Gen. Göpprich. Er wünschte unter anderem die obligatorische Leichenaufbahrung sowie die Errichtung einer Leichenhalle, die Wiederinstandsetzung des Wärmehauses, die dringend sei, der ärztlichen Schulunterstützung der Kinder soll die Behandlung derselben folgen. Dem Transport von Kranken müsse ebenfalls mehr Interesse entgegengebracht werden. Die Errichtung von Schrebergärten, eine alte Forderung der Arbeiterschaft, sollte einmal zur Erfüllung gelangen, die Wohnungsfürsorge und der Anmeldezwang für leer-

stehende Wohnungen dürfe nicht aus den Augen gelassen werden. Auch kritisierte Redner die Wohnungsgefühle in den hiesigen Betrieben, wobei 50—100 M angeboten werden für Vermittlung von Wohnungen. Weiter fragte Redner an, ob die Stadt nicht Sozialtarifstellen besetzen könnte, da großer Mangel vorhanden wäre, und verweist auf die Abgabe des Bauvereins, wobei es ganz stürmisch hergegangen sein soll. In der Debatte wurde nicht mehr viel vorgebracht. Der Voranschlag wurde einstimmig angenommen. Der Umlagefuß beträgt 46 M für 100 M des Vermögens und Betriebsvermögens, 23 M für 100 M Kapitalvermögens und 3 Pf. für 1 M der für 1919 erhöhten staatlichen Einkommensteuern. — Die Aufnahmen eines fünften Kriegsanlehens im Betrag von 350 000 M wurde ebenfalls einstimmig angenommen, ebenso die beiden andern Vorlagen. Herr Oberbürgermeister verabschiedete sich nach in anerkennender Weise von Herrn Stadtoberordneten Ferd. Kay, der in nächster Zeit von hier nach Darmstadt überiedelt, und dankt ihm für seine Betätigung nach verschiedenen Richtungen, was durch den Verfall der Bürgerauschüßungstätigkeit bedingt wird. Kurz vor 9 Uhr konnte die Sitzung geschlossen werden. — Es wird wohl die letzte Sitzung des hiesigen Bürgerauschusses gewesen sein und beim Wiederzusammentritt des Ausschusses dürfte man neue Gesichter sehen.

## Aus der Stadt.

### \* Karlsruhe, 9. Mai.

**Gehaltsbewegung bei den militärischen Dienststellen.** Vor längerer Zeit sind die auskömmliche Angestellten in militärischen Betrieben wegen Gehaltserhöhung vorstellig geworden. Diese Bewegung fand durch Festsetzung von Mindestgehältern zwischen den Organisationen der kaufmännischen Angestellten und den militärischen Dienststellen einen Abschluß. Nicht wenig erstaunt waren diese Angestellten, als dem größten Teil am Monatsende statt der vereinbarten Höhe nur 1/2 ausbezahlt wurde, auch wurde für gehobene Posten inzwischen eine abweichende Regelung getroffen. Die Erbitte wurde durch eine sehr lebhafte und hart besetzte Versammlung, die letzten Mittwoch im Gartenhof des Königer Hofes stattfand, zum Ausdruck gebracht. Besonders scharfe Worte wurden gegen den Personalchef der Reichsvermögensverwaltung laut. Die Versammlung faßte eine dementsprechende Resolution, in der die Arbeitgemeinschaft der kaufm. Verbände, der Zentralverband der Handlungsgehilfen und der Wirtschaftsverband militärischer Hilfsarbeiter zur Anrufung des Schlichtungsausschusses beauftragt werden.

**Dagblenden.** Den Parteigenossen zur Kenntnis, daß morgen abend punkt 8 Uhr im „Karlsruher Hof“ Parteiverammlung stattfindet. Tagesordnung: Die kommenden Gemeindevahlen. Parteigenossen, die Pflicht ruft. Auf zur Wählerarbeit! Ihr wißt, was auf dem Spiele steht! Deshalb erscheint alle! Es sind auch noch sonstige örtliche Angelegenheiten zu regeln.

**Wahlversammlung.** Besser als die vorgestrige Versammlung der sozialdemokratischen Partei war die geistige Versammlung der Zentrumspartei im „Friedrichshof“ besucht, denn auch der Saal nicht voll besetzt war. Als erster Redner behandelte Herr Arbeitersekretär Sauer das kommunale Wahlprogramm des Zentrums. Fel. Weher-Ragener sprach hierauf über die Mitarbeit der Frau in der Gemeinde nach der Auffassung ihrer Partei und kam auch auf die Verwilligung des Frauenwahlrechts zu sprechen. Daß ihre Partei, das Zentrum nämlich, noch vor 1/2 Jahren im badischen Landtag das Frauenwahlrecht zu den Gemeinden niederbestimmte, verweigerte die Rednerin begrifflicherweise.

Das Hauptreferat hatte Herr Stadtpfarrer Stumpf übernommen, der in recht interessanter Weise über Sozialismus sprach. Redner gab zu, daß dem Sozialismus die Zukunft gehört und meint damit den christlichen Sozialismus. Den marxistischen Sozialismus lehnt er ab, da derselbe an der materialistischen Gesellschaftsauffassung festhält. Dem Redner schwebt lebhaft ein christlicher Sozialismus vor, bei dem sich die religiösen Kräfte auswirken und die Bruderliebe gepflegt wird. Man darf aber wohl im Zusammenhang damit fragen, wo dieser christliche Sozialismus bisher geblieben ist. Man darf auch darauf hinweisen, daß Christentum und Kirche 2000 Jahre Zeit gehabt haben, das Reich Gottes auf Erden aufzurichten, gekommen ist aber, was wir jetzt erleben. Das darf als Beweis dienen, daß doch andere Ideen eingreifen müssen, um die Menschheit zu erlösen und die sind dem marxistischen Sozialismus zu entnehmen und nicht dem kirchlichen, womit wir nicht sagen wollen, daß eine Mitwirkung der Kirche bei der Neuordnung der menschlichen Gesellschaft zurückgewiesen werden muß. Der Redner selbst sprach sich auch im weiteren Verlauf seiner Ausführungen dahin aus, daß die Kirche bezug das Zentrum auf allen praktischen Gebieten mit der Sozialdemokratie zusammengehen müsse, insbesondere bei den kommenden Sozialisierungen, die er als unumgänglich bezeichnete.

**Jubiläum im Orchester des Bad. Landestheater.** Am 8. Mai konnte Herr Julius Gehardt auf eine 25jährige Tätigkeit als Waldhornist im Orchester zurückblicken. Die allgemeine Verehrung, der er sich erfreut, gab sich kund bei einer zu Ehren der

## Theater, Kunst und Wissenschaft.

### Schulentschlussfeier der Karlsruher Arbeiter-Jugend.

In einem edlen und rechten und schönen Arbeiter-Familienfest gestaltete sich die Schulentschlussfeier, zu der der Verein Karlsruher Arbeiter-Jugend am letzten Sonntag nachmittags die jungen Kameraden und Kameradinnen und deren Angehörigen eingeladen hatte. Der Saal des Apollotheaters war bis auf den letzten Platz besetzt, war überfüllt, der beste Beweis, welcher Anziehungskraft die Veranstaltungen der Arbeiter-Jugend sich erfreuen. Die Weihnachtsfeier hatte es ja auch einen ähnlich starken Besuch aufzuweisen. Die Leitung läßt sich auch jeweils angelegen sein, ein gutes, edelgeistes, künstlerisches Programm zusammenzustellen, sie trifft sorgfältige Auswahl unter den Mitwirkenden und ist nur darauf bedacht, den Gästen gute künstlerische Werte zu vermitteln; auch ist ihr Bestreben, jungen, aufstrebenden Talenten zu ermöglichen, Proben ihres Könnens vor einem größeren Publikum zu geben, ihnen den Weg zu weiterer Arbeit und weiterem Aufstieg zu ebnen.

In der Schulentschlussfeier letzten Sonntag gab eine junge Sängerin, Fräulein Söhnlin, erste Proben ihrer Sangeskunst und es darf gesagt werden, daß sie mit ihrem Auftreten gleich einen schönen Erfolg buhen darf. Die Sängerin, eine Schülerin von Frau Söhnlin-Wettach, hat eine hübsche Stimme, von etwas dunkler Färbung, die vor allem durch eine wohlthuende Weichheit ausfällt, so daß die zarten, vernehmenen Schuber, Tränen- und Schumann-Lieder ihr am besten liegen, die auch eine besonders berinnerliche Wirkung fanden. Die Leitung verzichtete auf Schulung, ist in allen Dingen schon ausgeglichen, so daß der Vortrag der Lieder nach allen Richtungen hin befriedigte. Das vorläufige Auftreten der jungen Sängerin kann als ein schöner,

wiederholender Erfolg gebucht werden, der Beifall war ein überaus lebhafter und herzlich, in den sich auch die Begleiterin und Lehrerin, Frau Söhnlin-Wettach teilen durfte.

Die Revolution hat wie den Beamten, so auch den Künstlern den Weg zu den Veranstaltungen der Arbeiterschaft geöffnet. Vor dem 9. November dürfte es ja bekanntlich kein Künstler des „Hoftheaters“ wagen, an einer sozialdemokratischen Veranstaltung teilzunehmen. Das ist nun auch anders geworden. Gerne stellen sich die Künstler und Künstlerinnen und Musiker der Arbeiterschaft zur Verfügung und die Arbeiterschaft sollte es sich angelegen sein lassen, bei allen festlichen Anlässen von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Zur Feier der Arbeiter-Jugend hatte sich unsere Genossin Frau Viz zur Verfügung gestellt, die in prächtiger ausgebeuteter Vortrag zunächst einige Arbeitergedichte brachte, die tiefe Wirkung auslösten und im zweiten Teil einige feilere Sachen wobergab, die jubelnden Anklang fanden. — Als alten, oeten gesehenen Freund durfte die Arbeiter-Jugend dann wieder das fassliche Soloquartett begrüßen, das mit seinem schönen Stimmmaterial, seinem prächtigen Vortrag 4 Wiederfang, die dankbar aufgenommen wurden; der Beifall nötigte den Sängern eine Dreingabe ab. — Als weitere Mitwirkende hatte sich die Freie Turnerschaft zur Verfügung gestellt; die Flaggenglieder der Schüler unter Leitung von Turnwart Siewert zeigten, wie die Freie Turnerschaft schon dem Arbeiter-schüler ein sportliches Erzieher und Bildner ist, flott und stramm, in guter Disziplin, führten die jungen Seele ihre Übungen aus. Gleichgültig waren auch die Parrenübungen der Böglinge unter Leitung von Turnwart Weiser. Im Mittelpunkt der Veranstaltung stand die Fiktion unseres Genossen Müller Rüdert, der in scharfzüngigen Jügen die Ziele und Aufgaben der Arbeiter-Jugend im neuen Volksstaate auseinandersetzt. Mit eindringlichen Worten forderte er am Schluß seiner mit starkem

Beifall aufgenommenen Ausführungen die Arbeiterkern auf, ihre Kinder zur Arbeiter-Jugend zu schicken, wo sie Schutz und Hilfe, geistige Anregung, Erholung und gute Unterhaltung finden, wo sie im Sinne ihrer Eltern weitergebildet werden, wo in sie der Geist der Wahrheit, der Freiheit, der Solidarität, die Idee des Sozialismus gepflanzt werden.

Für die Arbeiter-Jugend bedeutete die Schulentschlussfeier den Abschluß eines Jahres, den Beginn eines neuen. Die Veranstaltung bedeutete wiederum einen Erfolg für sie. Zahlreiche Eltern folgten am selben Tage nach der Einladung zur Anmeldung ihrer Kinder in die Arbeiter-Jugend, noch viel mehr müssen folgen, dann erst wird die „Arbeiter-Jugend“ ihre Ziele erreichen. Ihre Aufgabe erfüllen können, wenn sie die Unterstützung der gesamten Arbeiterschaft hat. Und diese Unterstützung wird im am besten gewährt, wenn die Arbeiterkern ihre Söhne und Töchter zur Arbeiterjugend schicken. Dann erst wird wahr werden, was die Jugendgenossin Elsa Rüdert in den Schlussworten der schönen „Aufwärts“ von Jürgen Brand so prächtig und getragen:

Die Köpfe klar und die Herzen warm,  
Die Augen wacker und klar der Arm;  
So scheitern wir jügend, Hand in Hand,  
Sinein in der Zukunft helles Land. —

\* Der Besuch der badischen Hochschulen. Im Kriegsnovembersemester 1918 besuchten die Universität Heidelberg 1721 Studierende, darunter 77 Frauen, die Universität Freiburg 1753 Studierende, darunter 115 Frauen, die Technische Hochschule zu Karlsruhe 694 ordentliche Studierende, darunter eine Frau und 88 außerordentliche Studierende. Hörer waren eingetragen in Heidelberg 97, darunter 9 Frauen, in Freiburg 132, darunter 21 Frauen, in Karlsruhe 1



# Photogr. Vergrößerungsanstalt

## Fritz Albrecht

Yorkstrasse 10  
Telephon 2443

liefert Vergrößerungen  
in tadelloser Ausführung unter Garantie grösster Haltbarkeit. Da  
meine Vergrößerungen in eigener Werkstatt hergestellt werden,  
konkurrenzlose Preise und schnellste Lieferung.

Vertreter gesucht.

882

Die Wahl der Bezirksräte betr.  
Die endgültig festgestellten Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Bezirksräte werden hiermit öffentlich bekannt gegeben.

### A. Demokratische Partei.

1. Köllch, Leopold, Kaufmann, Karlsruhe, Pfälzerstr. 3.
2. Ermel, Gottlieb, Metzgermeister und Landwirt, Anielingen.
3. Weich, Dr. Friedrich, Stadtrat, Karlsruhe, Magdalenenstr. 6.
4. Blum, Ernst, Schlossermeister, Karlsruhe, Waldhornstr. 10.
5. Holz, Albert, Fabrikant, Graben.
6. Stöber, Wilhelm, jun., Architekt, Karlsruhe, Müppurstr. 13.
7. Bauer, Wilhelm, Gastwirt, Blankenloch.
8. Kampmann, Karl, Sägewerksbesitzer, Fiedrichsdal.
9. Eißel, Martin, Kaufmann, Karlsruhe, Reibendachstr. 10.
10. Hoffmann, Ferdinand, Landwirt, Spöck.
11. Frau Richard (Elsa) Kautel, Karlsruhe, Südbühnenstr. 24.
12. Kaufmann, Heinrich, Zimmermeister, Karlsruhe, Sternbergstr. 17.
13. Thum, Valentin, Oberlehrer, Daglanben, Kastenwäldstr. 42.
14. Rinder, Leopold, Landwirt, Gagsfeld.
15. Lang, Friedrich, Buchdruckerbesitzer, Karlsruhe, Am Stadgarten 21.

### B. Deutsch-nationale Volkspartei.

1. Kammerer, Albert, Kaufmann und Landwirt in Graben.
2. Meiß, Hans, Buchdruckerbesitzer, Karlsruhe, Baummeisterstr. 48.
3. Ermel, Karl, Techniker, Anielingen.
4. Weiser, Bernhard, Maurermeister, Karlsruhe, Mühlweg, Lindenplatz 7.
5. Weich, Emil, Badermeister, Dieboldsheim.
6. Ulrich, Emil, Buchbinder, Teufschneureut.
7. Jäger, Frieda, Oberlehrerwitwe, Karlsruhe, Steinfantenstr. 4.
8. Ma, Albert, Gemeinderat, Linsenheim.
9. Borell, Wilhelm, Landwirt, Fiedrichsdal.
10. Dr. von Boh, Wilhelm, Spezialarzt, Karlsruhe, Eisenlocherstr. 15.
11. Gager, Adolf, Landwirt, Staffort.
12. Eick, Theodor, Landwirt, Blankenloch.
13. Weich, Wilhelm, Blechmeister, Karlsruhe, Steinstr. 14.
14. Hartmann, Max, Wilhelm, Landwirt, Spöck.
15. Vogt, August, Badermeister, Karlsruhe, Waldstr. 25.

### C. Sozialdemokratische Partei.

1. Philipp, August, Bezirksleiter, Karlsruhe, Weihenstr. 3.
2. Erb, Gustav, Schriftsetzer, Karlsruhe, Wilhelmstr. 69.
3. Eberhardt, Christian, Dreher, Karlsruhe-Rintheim, Hauptstr. 110.
4. Seib, August, Buchdrucker, Blankenloch.
5. König, Max, Gemeinderat, Anielingen.
6. Weber, Karl, Bürgermeister, Gagsfeld.
7. Weich, Heinrich, Metzgermeister, Dieboldsheim.
8. Stuh, Theodor, Pfisterer, Eggenstein.
9. Kaufmann, Ferdinand, Schlosser, Karlsruhe, Kankestr. 14.
10. Fischer, Frau Minigunde, Karlsruhe, Morgenstr. 24.
11. Hül, Wilhelm, Friedrich, Verbandsbeamter, Karlsruhe-Daglanben, Waldenstr. 13.
12. Ebel, Heinrich, Schneider, Graben.
13. Straßfeld, Hermann, Wagner, Gagsfeld.
14. Winter, Hermann, Mediziner, Karlsruhe, Quisenstr. 28.
15. Köhler, Wilhelm, Maurer, Anielingen.

### D. Unabhängige sozialdemokratische Partei.

1. Trubinger, Jakob, Mediziner, Karlsruhe, Admerstr. 4.
2. Dietrich, Georg, Buchdrucker, Karlsruhe, Wilhelmstr. 56.
3. Kress, Ernst, Sattler, Karlsruhe, Werderstr. 30.
4. Eick, Emil, Metallarbeiter, Gagsfeld.
5. Ries, Wilhelm, Söbeler, Karlsruhe-Mühlburg, Geibelstr. 10.
6. Bauer, Heinrich, Obsthandl., Karlsruhe, Dorfstr. 20.
7. Wähle, Karl, Schlosser, Karlsruhe, Kaiserstr. 21.

### E. Zentrumspartei.

1. Gans, Augustin, Maurer, Karlsruhe-Daglanben, Forderstr. 66.
2. Dewerth, Rudolf, Kaufmann, Karlsruhe, Kaiserstr. 97.
3. Ansoy, Anton, Gastwirt, Karlsruhe, Waldstr. 2.
4. Fichtler, Anton, Landwirt, Gulach, Fiedrichstr. 2.
5. Klein, Hermann, Möbelhändler, Karlsruhe, Duracherstr. 97/99.
6. Weich, Alice, Fräulein, Lehrerin, Karlsruhe, Kriegsstr. 89.
7. Bach, Joseph, k. k. Kausleibener, Karlsruhe, Müppurstr. 4.
8. Bruttel, Johannes, Oberlehrer, Karlsruhe, Dorfstr. 17.
9. Gartner, Theodor, Badermeister, Karlsruhe, Zickelstr. 26.
10. Wagner, Karl, Hallenmeister, Karlsruhe, Kaiserstr. 78.
11. Thomas, Albert, Kaufm., Angestellter, Karlsruhe, Waldstr. 55.
12. Siebert, Klara, Frau, Landtagsabgeordnete, Karlsruhe, Viktorstr. 23.
13. Wächter, August, Oberpostassistent, Karlsruhe, Ludwig-Willhelmstr. 12.
14. Saunier, Karl, Rechnungsrat, Karlsruhe, Bernhardsstr. 5.
15. Meyer, Joseph, Theodor, Chefredakteur, Karlsruhe, Adlerstr. 42.

Karlsruhe, den 6. Mai 1919. O. J. 167  
Der Wahlkommissär

# MÖBEL!

Kompl. Schlafzimmer, Wohnzimmer, Ess- und Herrenzimmer, Küchen, fertige Betten  
grosse Auswahl in Sofas sowie Einzel-Möbel.

## Möbelmagazin Karl Ehrfeld

Zähringerstrasse 74. 8311 Telephon Nr. 102.

### Die Wahl der Kreisabgeord.

Die endgültig festgestellten Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Kreisabgeordneten werden hiermit öffentlich bekannt gegeben:

#### A. Demokratische Partei.

1. Frey, Wilhelm, Stadtrat, Karlsruhe, Velforstr. 21.
2. Coelmann, Oskar, Fabrikant, Karlsruhe, Kurvenstr. 21.
3. Neel, Ludwig, Landwirt und Bürgermeister, Eggenstein.
4. Steinhilber, Karl, Landgerichtsrat, Karlsruhe, Wendelstr. 18.
5. Siegrist, Karl, Oberbürgermeister, Karlsruhe, Fichtstr. 1.
6. Weich, Ludwig, Landwirt, Dieboldsheim.
7. Leiser, Karl, Postsekretär, Karlsruhe, Durlacherallee 13.
8. Hoffmann, Jakob, Wassermeister, Blankenloch.
9. Hül, Bruno, Metzgermeister, Grünwinkel, Durmersheimerstr. 5.
10. Kraußmann, Käthe, Kreisfürsorgebesitzer, Karlsruhe, Kriegsstr. 260.
11. Baumann, Friedrich, Bürgermeister, Teufschneureut.
12. Eichenlocher, Dr. Wilhelm, prakt. Arzt, Karlsruhe, Kriegsstr. 53.
13. Hier, Wilhelm, Fabrikant, Hochstetten.
14. Stiefel, Jakob, Fabrikarbeiter, Gulach, Hauptstr. 118.
15. Rinder, Gottfried sen., Karlsruhe, Söfentstr. 118.
16. Frau Emma Deines, Karlsruhe, Weinbrennerstr. 2.
17. Wans, August, Privat, Daglanben, Waldenstr. 6.
18. Weich, Paul, Hauptlehrer, Karlsruhe, Müppurstr. 28.
19. Walter, Theodor, Obstbaumzüchter, Linsenheim.
20. Erb, Wilhelm, Kaufmann, Karlsruhe, Markgrafenstr. 32.
21. Malch, Karl, Landwirt, Staffort.
22. Gagner, Otto, Kaufmann, Karlsruhe, Geibelstr. 13.

#### B. Deutsch-Nationale Volkspartei.

1. Kochmeister, Karl, Telegraphendirektor, Karlsruhe, Kaiserstr. 217.
2. Kuffer, Gottlieb, Fabrikant, Hochstetten.
3. Ruf, Gottlieb Jr. A., Landwirt, Anielingen.
4. Hausbrath, Dr. Hans, Professor und Geh. Hofrat, Karlsruhe, Gartenstr. 32.
5. Gans, Friedrich, Gemeinderat, Muhlheim.
6. Stöber, Heinrich, Landwirt, Linsenheim.
7. Rinder, Wilhelm, Schneider, Teufschneureut.
8. Dietrich, Rudolf, Hugo, Kaufmann, Karlsruhe, Kaiserstr. 179a.
9. Schilling, Karl, Pfarrer, Karlsruhe, Wäldersstr. 30.
10. Müller, Max II., Landwirt, Blankenloch.
11. Wolfstiel, Baronin Augustin, Wittelin, Karlsruhe, Stefanienstr. 12.
12. Bollmer, Eugen, Hauptlehrer, Leopoldshafen.
13. Ebel, Hermann, Gemeinderat und Landwirt, Graben.
14. Spath, Karl, Tapeziermeister, Karlsruhe, Augustastr. 2.
15. Gager, Wilhelm, Kaufmann, Staffort.
16. Vogel, Emil, Wassermeister, Teufschneureut.
17. Siegler, Dr. Bruno, Rechtsanwalt, Karlsruhe, Dragonerstr. 11.
18. Hartmann, Christian, Landwirt, Spöck.
19. Marie, Max, Landwirt, Fiedrichsdal.
20. Koll, August, Schneidermeister, Karlsruhe-Mühlburg, Waldstr. 43.
21. Darr, Karl, Landwirt, Eggenstein.
22. Stiller, Ludwig, Schlosser, Karlsruhe, Wagnersstr. 3.
23. Zweder, Julius, Landwirt, Linsenheim.

#### C. Sozialdemokratische Partei.

1. Weich, Eugen, Metzger, Karlsruhe, Südbühnenstr. 28.
2. Weich, August, Metzger, Karlsruhe, Degenfeldstr. 3.
3. Weich, Wilhelm, Friedrich, Verbandsbeamter, Karlsruhe-Daglanben, Waldenstr. 13.
4. Wehner, Anton, Gemeinderat, Gulach.
5. Ebel, Heinrich, Schneider, Graben.
6. Eick, Leopold, Maurer, Teufschneureut.
7. Werner, Hermann, Maurer, Muhlheim.
8. Weich, Karl, Friedrich, Fabrikarbeiter, Spöck.
9. Weich, Christian, Metzger, Teufschneureut.
10. Dieb, Ludwig, Metzger, Eggenstein.
11. Strohsfeld, Hermann, Wagner, Gagsfeld.
12. Köhler, Wilhelm, Maurer, Dieboldsheim.
13. Weich, Albert, Metzger, Dieboldsheim.
14. Meyer, Frau Stefanie, Karlsruhe, Morgenstr. 51.
15. Langrad, Franz, Faktor, Karlsruhe, Bernhardsstr. 8.
16. Stuh, Theodor, Pfisterer, Eggenstein.
17. Kaufmann, Ferdinand, Schlosser, Karlsruhe, Kankestr. 14.
18. Eberhardt, Christian, Dreher, Karlsruhe-Rintheim, Hauptstr. 110.

### Die Wahl der Kreisabgeord.

Die endgültig festgestellten Wahlvorschlagslisten für die Wahl der Kreisabgeordneten werden hiermit öffentlich bekannt gegeben:

19. Weber, Karl, Bürgermeister, Gagsfeld.
20. König, Max, Gemeinderat, Anielingen.
21. Gopp, August, Arbeitersekretär, Karlsruhe, Rudolfstr. 5.
22. Weich, Heinrich, Metzgermeister, Dieboldsheim.
23. Weich, August, Buchdrucker, Blankenloch.

#### D. Unabhängige sozialdemokratische Partei.

1. Krufe, Bernhard, Schmied, Karlsruhe, Baumeisterstr. 80.
2. Gebhardt, Julius, Dreher, Gagsfeld.
3. Fra, Anton, Former, Karlsruhe-Mühlburg, Gartenstr. 54.
4. Gelle, Otto, Schlosser, Karlsruhe-Weiertheim, Gebhardstr. 52.
5. Kästel, Haber, Dreher, Karlsruhe, Schillerstr. 36.
6. Vertenlof, Franz, Schlosser, Karlsruhe, Werderstr. 79.

#### E. Zentrumspartei.

1. Wichter, Karl, Kaufmann, Karlsruhe, Kaiserstr. 237.
2. Gagner, Ferdinand, Meserbelokommissar, Karlsruhe-Mühlburg, Im Grün 10.
3. Germann, Karl, Ökonom, Karlsruhe, Wagnersstr. 27.
4. Anglinger, Frau Luise, Fürsorgeleiterin, Karlsruhe, Schillerstr. 14.
5. Stadelbacher, Franz Haber, Oberlehrer, Karlsruhe, Müppurstr. 27.
6. Weiland, Ernst, Schneidermeister, Karlsruhe, Schillerstr. 26.
7. Zuh, Jirial, Buchhalter, Gulach.
8. Hül, Hermann, Oberpostassistent, Karlsruhe, Scherstr. 17.
9. Brunner, Verthold, Kranenführer, Karlsruhe, Rheinstr. 31.
10. Frey, Friedrich, Buchhalter, Karlsruhe-Weiertheim, Maria-Alexandrastr. 23.
11. Garter, Frieda, Fräulein, Privat, Karlsruhe, Gartenstr. 29a.
12. Friedrich, Wilhelm, Gasthofbesitzer, Karlsruhe, Karlsruherstr. 7.
13. Schreyer, Theodor, Obermaschinenmeister, Karlsruhe, Adlerstr. 42.
14. Mayer, Wilhelm, Hauptlehrer, Karlsruhe, Marienstr. 18.
15. Wader, Joseph, Betriebsassistent, Karlsruhe, Morgenstr. 28.
16. Schaar, Anton, Kaufmann, Karlsruhe, Vestingstr. 44.
17. Ringer, Leopold, Dreher, Karlsruhe, Marienstr. 54.
18. Stahler, Otto, Postsekretär, Karlsruhe-Mühlburg, Blümenweg 6.
19. Wölfe, Karl, Buchhalter, Karlsruhe, Effenweinstr. 33.
20. Winterhändler, Frau Sophie, Karlsruhe, Winterstr. 84.
21. Schermer, Karl, Mechaniker, Karlsruhe, Winterstr. 44.
22. Wähl, Franz, Mediziner, Karlsruhe, Wilhelmstr. 13.
23. König, Adolf, Justizsekretär, Karlsruhe, Wilhelmstr. 70.

Karlsruhe, den 6. Mai 1919. O. J. 166  
Der Wahlkommissär

**Rastatt.**  
**Vereinigte Arbeiter-Sportvereine.**  
Morgen Samstag abend 6 Uhr beginnend, findet im Löwensaal hier ein  
**Tanzkränzchen**  
statt. Hierzu sind die Mitglieder obiger Vereine freundlichst eingeladen.  
(Mitgliedsbuch ist vorzulegen.)  
Der Einberufer.

**Städtisches Konzerthaus.**  
Freitag, den 9. Mai 1919. 8396  
Vorstellung des Badischen Landestheaters.  
Freitagsmiete Nr. 29.  
**Die lustigen Weiber von Windsor.**  
Komisch-phantastische Oper in 3 Akten, mit Tanz, nach Shakespeares gleichnamigem Lustspiel gedichtet von H. S. Mosenthal. Musik von Otto Nicolai.  
Anfang 7 Uhr. Ende gegen 10 Uhr.

**Pfänderversteigerung**  
Am Mittwoch, 14. Mai 1919, vorm. von 9 Uhr und nachm. von 2 Uhr an findet im Versteigerungslokal des Leihhauses: Schwabenstr. 6, 2. Stod. die öffentliche Versteigerung der verfallenen Pfänder Nr. 11483 bis mit Nr. 12720 gegen Barzahlung statt.  
Das Versteigerungslokal wird 1/2 Stunde vor Versteigerungsbeginn geöffnet. Die Kasse bleibt am Versteigerungstage sowie am Nachmittage des vorhergehenden Tages geschlossen. 8313  
Karlsruhe, 24. April 1919.  
Städt. Pfandleihkasse.

**Einige leere Benzineisenfässer**  
werden zu kaufen gesucht. Angebote mit Angabe des Inhalts an das Städtische Tiefbauamt (Fuhrverwaltung). 8376  
Karlsruhe, 6. Mai 1919.  
Städtisches Tiefbauamt.

**Suttergerberübern**  
8372 sucht zu kaufen  
Städt. Gartenamt  
Karlsruhe, Ettlingerstr. 6.

**Frauen-Haare**  
werden fortwährend angekauft und gut bezahlt bei  
**Muq. Bier**  
Damenfrisur u. Perückenmacher.  
Dorfstr. 19, Tel. 3628

Empfehle mich im Anfertigen sämtl. Herrenkleidungsstücke, Anzüge, Westen und Reparaturen.  
Karl Volz, Schneider,  
Kaiserstr. 75. 8310

**Taschenuhren**  
auch reparaturbedürftig, lauft  
An- u. Verkaufsgeschäft  
Markgrafenstr. 22.

**Hafen-, Ziegen-**  
und andere Helle lauft gegen gute Zahlung. 8145

**5. Sonntag,**  
Karlsruherstr. 19,  
(Laden). 8145

**Vorhänge**  
Ein Vollen Vorhänge, bis 90 cm breit, billig abzugeben.  
8398

**Multion-Geschäft**  
**Madlener**  
Mühlburgerstr. 20.

**Diwans!**  
neue, in Nisch, Tischen und Stoffbezug, darunter noch in Qual., in bekannter Güte.  
Postkerl H. Köhler  
Schillerstr. 25. 8399

Volle, Weich, hoch, ein Schrank, Tisch u. Stuhl, Kommode, Mädchenstühle, 20-30, Sopha zu verkaufen. Rumpf, Leopoldstr. 33, Hq. I. 8399

**Gasherd** gebt., 3-Ramm mit Tisch und 1 Gränlampe, billig zu verkaufen. Weber, Gartenstadt Müppur, Aftersweg 52.

**Uchtung!**  
Umzüge mit Rollen und Möbelwagen werden durch Selbstbesitz und geübten Leuten gut und billig ausgeführt.  
Käherer Adam Werle,  
Schillerstr. 42. 8399

# Wildunger Helenenquelle

## bei Nierenleiden, Harnsäure, Zucker, Eiweiss

Echtes Wildunger Salz existiert nicht — Man meide im eigenen Interesse die wertlosen Nachahmungen  
Fürstliche Wildunger Mineralquellen, A.-G., Bad Wildungen — Schriften kostenfrei  
Niederlage bei Bahm & Baßler.

1918: Besuch 11 508

1918: Flaschenversand 1,570,822

### Sozialdemokratische Partei.

Freitag, den 9. Mai 1919, abends 8 Uhr,  
sprechen im Saal des „Friedrichshof“ über

## Sozialdemokratie und Gemeindewahlen

Stadttrat Sauer und Arbeitersekretär Prull.

Wir ersuchen Wählerinnen und Wähler, ihr Interesse an den bevorstehenden wichtigen Wahlen durch zahlreichem Besuch der Versammlung zu bekräftigen.  
Der Vorstand.

Montag, den 12. Mai, 7 1/2 Uhr  
**Paul Paschen**  
Vortrag mit Lichtbildern:

## Wirkungsweise „Mißbrauch“

### des Stimmorgans

im grossen Hörsaal des chem. Instituts der Technischen Hochschule (Eingang Englerstrasse)

am Montag, den 12. Mai, abends 7 1/2 Uhr.

Der Vortrag ist von Interesse für Redner, Sänger, Stimmkranke und Stotterer, für Lehrer und Erzieher.

Eintritt frei. Vorbeh. Plätze zu —.50 Mk. in der Musikalienhandlung Fr. Müller, Kaiserstrasse. 8357

Eintritt umsonst bei  
**Schwerhörigkeit**  
Hörgeräusch, nervösen Übersensibilität, untaufend, nat. bewährt, potent, amtlich geschlgt. Hörtrichter, Bequem und nutzbar zu tragen. Größe 1100  
Glänz. Anerkennungen.  
Sanis-Versand München 26 b.

**Frauen**  
Bei Störungen und Beschwerden des monatl. Vorganges empfehle ich das altbewährte Gelscha-Pulver Mk. 6.—, Nachn. 6.85 Mk., Gelscha-Tropfen Mk. 7.—, Nachn. 8.15 Mk. Gummiparade, Klysterbälle und Spritzen, Irrigatoren, Schläuche usw. in grosser Auswahl  
Versandhaus „Asha“ Halle S. 31. 2020

Ein Posten  
**Herrensocken**  
per Paar  
Mk. 3.— und 3.50.  
**Sportflanelle, Hemdenflanelle.**  
**Arthur Baer**  
Kaiserstr. 133, 1 Treppe hoch, Eingang Kreuzstr.

### Deutscher Transportarbeiter-Verband

Ortsverwaltung Karlsruhe.  
Wilhelmstr. 47, III. Telefon 8109.  
Sonntag, den 11. Mai, nachmittags punkt 3 Uhr, im grossen Saal zum „Auerhahn“, Schützenstrasse 52,

## vierteljährliche Mitglieder-Versammlung

mit folgender Tages-Ordnung:  
1. Geschäfts- und Kassenbericht vom 1. Quartal und Bericht der Revisoren.  
2. Anstellung einer Ausschülfskraft.  
3. Stellungnahme zum Verbandstag in Stuttgart und Anstellung der Kandidaten zur Delegiertenwahl.  
4. Anträge und Verschiedenes.  
Kollegen und Kolleginnen! Es ist selbstverständlich notwendig, daß in Anbetracht dieser wichtigen Tagesordnung alle Bräute stark vertreten sind. Insbesondere erwarten wir aber, daß sämtliche Vertrauensleute und Arbeiterauschüßmitglieder der einzelnen Betriebe ebenfalls erscheinen. Mitgliedsbuch ist am Eingange vorzuliegen.

Die Ortsverwaltung.  
A. A. Brendle.

### Dr. Wirz, Facharzt Karlsruhe, Georg Friedrichstr. 2.

Eigene Fachheilmethoden für Frauenleiden, Weissfluss, starker Regel, Vorfall, von Nieren-Harnleiden (ohne Spritz- und Schmierkur), Kropf, Gicht, Beinleiden, Ohrläusen, Bettnässen, Hämorrhoiden. — Broschüren: „Nervenschwäche“, „Augendiagnose“, „Selbstarzt“ A. M. 2. 607

HERMANN  
**Tietz**  
KARLSRUHE  
Sonder-Abteilung  
**Damen-Hüte**  
in niederen  
Preislagen

### Zentral-Verband der Maschinisten und Heizer sowie Bergingen. Deutschlands Ortsverwaltung Karlsruhe.

Sonntag, den 11. Mai, nachmittags 3 Uhr,  
findet im Lokal zum „Salmen“ am Ludwigsweg  
**Mitglieder-Versammlung**

Tagesordnung:  
1. Kassenbericht vom 1. Quartal.  
2. Beratung der Anträge zum Verbandstag.  
3. Bericht über die Lohnbewegungen. 8376  
Die Ortsverwaltung.

### Deutscher Metallarbeiterverband Verwaltungsstelle Karlsruhe.

Sonntag den 11. Mai, vormittags punkt 10 Uhr,  
in der „Karlsburg“ (Akademiestraße)  
**Versammlung der Elektromonteur.**

Tages-Ordnung: „Bericht über die Verhandlungen mit den Arbeitgeber.“  
Zu zahlreichem Besuch ladet ein 8393  
Die Branchenleitung.

### Mandolinen- und Touristen- Verein „Edelweiß“.

#### Einladung!

Zu unserem am Sonntag den 11. d. M., nachm. 3 Uhr, in der „Walhalla“, Augartenstrasse, stattfindenden

## VI. Stiftungs-Fest

laden wir Freunde und Gönner unseres Vereins herzlich ein. 8366  
Der Vorstand.

### Arbeiter-Frauenchor Karlsruhe.

Sonntag, den 11. Mai, findet unser  
**Tanz-Ausflug**

nach Aue bei Durlach ins „Gasthaus zum Stern“ statt. Hierzu laden wir unsere verehrl. Mitglieder nebst Angehörigen, sowie Freunde des Vereins zu zahlreicher Beteiligung freundlichst ein. 8374  
Der Vorstand.

NB. Treffpunkt mittags zwei Uhr am „Eisack“, Röhrenstrasse, Abmarsch ha 6 3 Uhr.

K.F.G. Frankonia  
(E. G.)  
Samstag Abend im  
„Waldhorn“  
Monats-Versammlung

Sonntag den 11. Mai  
in Durlach  
Verbands-spiel gegen Mühlburg I, II, III.  
Beginn: 10, 1/2 bis 8 Uhr.  
Mitgliedskarten sind vorzuliegen. 8377

Arbeiter! Werbet für den Volksfreund.



Freitag, den 9. Mai 1919, abends 7 1/2 Uhr,  
**Monats-Versammlung**  
im Lokal, mit höchwichtigster Tages-Ordnung.  
Sonntag, 11. Mai 1919  
**Verbands-spiele**  
der 1., 2. u. 3. Mannschaft  
in Peierheim, 8370  
gegen 3. B. Bei rübelm.  
Der Vorstand.

### Veiertheimer Fußballverein (e. V.)

Sonntag, d. 11. Mai 1919 auf unserem Platz  
F.-C. Böhler - Veiertheimer F.V.  
Beginn 10 Uhr, 1/2 u. 3 Uhr.

### Abends 7 1/2 Uhr im Lokal Familien-Abend

Die Mitglieder nebst Familienangehörigen sind freundlichst eingeladen. Besondere Einladung an die Mitglieder folgt nicht.

**Wichtig!**  
Volkschulhefte verkauft  
ich durch  
größeren Gelegenheitskauf  
solange Vorrat N bis B ohne  
Umschlag 25 S., mit Umschlag  
30 S. das Heft. 8378  
Walmers Schreibwaren-  
Geschäft Luisenstr. 89.



### Sonntag, den 11. Mai, findet ein Mai-Ausflug mit Musik

durch den Wald über Gehwiggquelle nach Ettlingen  
in die „Sonne“ statt. Abmarsch halb 7 Uhr vom  
„Eisack“, Röhrenstrasse, sowie wir unsere verehrl.  
Mitglieder nebst Angehörigen sowie Freunde und Gönner  
des Vereins zu zahlreicher Beteiligung einladen.

Die Verwaltung.  
NB. Zur Kenntnis, daß laut Generalversammlung,  
Schluß vom 3. Mai 1919 das Vereinslokal in die  
Restaurations „Grünwald“, Röhrenstrasse 2 (alter  
Bahnhofsübergang) verlegt wurde. 8323

### T.-Verein Die Naturfreunde Ortsgruppe Karlsruhe e. V.

Einladung.  
Hierdurch laden wir die ge-  
samte Arbeiterschaft von Karlsru-  
he und Umgebung sowie alle  
übrigen Ortsgruppen zu unserer am Sonntag  
den 11. Mai d. J. stattfindenden

## 10. Gründungsfeier

freundlichst ein.  
Die Feier findet an der Klostermauer Bar-  
barakapelle bei Langensiebach unter Mit-  
wirkung des Musikvereins Harmonie, Gesangs-  
vereins Typographia und der Freien Turn-  
erschaft Karlsruhe statt. 8292  
Bestredner: Gründungsmitglied Minister  
Leopold Richter.

Abfahrt vom Albtalbahnhof nach Busenbach 6.08,  
6.31 und 7.48 Uhr. Rückfahrt von Busenbach 6.38 Uhr.  
Umtauschfahrkarten hierzu à 1.20 Mk. bei allen  
Ausgangsmitteln, im Vereinslokal, Gambrius-  
halle“ und bei Mitglied Kauf, Kartier-  
handlung, Schützenstrasse. Neue Freitag abend  
Schluß des Umtausch-fahrtar. neuer auf.  
Der Vorstand.

NB. Der Umtausch gegen die Fahrkarten er-  
folgt von Samstag nachmittag 4 Uhr ab im Ver-  
einslokal und Sonntag vormittag von 1/2 Uhr  
ab am Albtalbahnhof.